:antifaschistische nachrichten

Nr. 5

g 3336 10.3.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Sachsen - NPD plant eigene Stiftung

SACHSEN. Nach Informationen der Sächsischen Zeitung plant die NPD, die seit dem vergangenen Jahr mit zwölf Abgeordneten im sächsischen Landtag sitzt, den zügigen Aufbau einer parteinahen Stiftung. Diese soll bis zum Sommer dieses Jahres gegründet werden und ihren Sitz in Dresden haben. Ein Name für die Stiftung steht noch nicht fest.

Zur Finanzierung des Projekts wollen die NPD-Aktivisten offensichtlich die Steuerkasse nutzen. Genau wie den anderen Parteien stehen ihnen für den Unterhalt der Stiftung staatliche Gelder zu. Im Haushalt des Freistaates sind dafür pro Jahr insgesamt 770 000 Euro eingeplant. Die künftige NPD-Stiftung müsste zudem auch nach einem möglichen Scheitern der Rechtspartei bei der nächsten Landtagswahl im Jahr 2009 mindestens eine weitere Legislaturperiode finanziert werden.

Gleichzeitig will die NPD ab April auch einen Sitz im Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung besetzen. Dieser Platz steht ihr gesetzlich zu. Als Kuratoriums-Mitglied will die NPD-Fraktion den Abgeordneten Jürgen Gansel benennen. Gansel sorgte kürzlich im Parlament für einen Eklat, weil er die Luftangriffe auf Dresden während des Zweiten Weltkrieges als „Bombenholocaust“ bezeichnete. Von 2002 bis 2004 arbeitete Gansel als Redakteur bei der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“, seit 2002 ist er auch Mitglied im Parteivorstand.

Der Direktor der Landeszentrale, Wolf-Dieter Legall, kündigte an, die Landeszentrale werde weiter vor den Gefahren durch Rechtsextremisten warnen. Die Gefahr, dass die NPD die Arbeit politisch beeinflussen könne, sehe er nicht.

nach Sächsische Zeitung, 22.5.05 ■

Am 19. Februar fand in Köln die gut besuchte Jahrestagung der Antifaschistischen Nachrichten statt, auf der Prof. Dr. Wolfgang Dreßen, Düsseldorf, und Dr. Volker Külow, MdL Sachsen, referierten. Die Vorträge werden in der nächsten Ausgabe der AN veröffentlicht.

Wenn jemand die Opfer und die Täter gleichzeitig ehren will

Eine notwendige Stellungnahme

von Ulrich Sander, Landessprecher der VVN-BdA NRW

Streit in Dortmund über die Frage: Ist Joachim Gauck ein geeigneter Gedenkstättenredner? Folgt dem Skandal von Torgau und Halle nun der von Dortmund?

In Dortmund ist ein Streit darüber entbrannt, ob die Stadt richtig gehandelt hat, als sie – ohne mit den Opferverbänden ein Wort zu wechseln – den Pfarrer Dr. Joachim Gauck als Redner zur traditionsreichen Gedenkveranstaltung zu Karfreitag in der Bittermark einlud. Dort und in einem anderen Wald, dem Rombergpark, waren 1945 kurz vor Kriegsende rund 300 in- und ausländische Antinazis von der Gestapo ermordet worden, und alljährlich wird ihrer mit einer würdigen Gedenkfeier gedacht. Kritiker der Einladung des ehemaligen Stasi-Unterlagenbeauftragten erinnerten an seine von Rechtsextremisten wie Martin Hohmann (Ex-CDU) beklatschten Forderungen nach einem Schlussstrich zur Nazidiskussion unter dem Motto: Nicht „fast neurotisch auf der deutschen Schuld beharren“. Ferner wurde auf seine Rolle bei der Herausgabe des „Schwarzbuches Kommunismus“ und der darin begründeten geschichtsrevisionistischen Formulierung vom „Roten Holocaust“ hingewiesen – lange bevor Nazis im sächsischen Landtag den Alliierten den „Bombenholocaust“ anlasteten. Die VVN-BdA wies nun auf einen Vorgang hin, bei dem Gauck Nazi-Mörder ehrte, die den Tod von über Tausend Kriegsendphasen-Opfern herbeiführten. Es gab Kriegsendphasenverbrechen 1945 in zahlreichen Orten des Reiches, wie unter www.nrw.vvn-bda.de nachzulesen ist.

Zu einem der schwersten Kriegsendphasenverbrechen kam es im April 1945 in der Nähe von Gardelegen (Sachsen-Anhalt). Es waren die NSDAP-Aktivisten Walter Biermann und Arno Brake, die mit anderen zusammen in einer Scheune bei Isenschnibbe bei Gardelegen 1.017 KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter, darunter 63 jüdische Häftlinge, ermordeten. „Etwas außerhalb auf einer

Relief am Mahnmal in der Bittermark, gestaltet von Bildhauer Karel Niesrath

Anhöhe findet man die Überreste einer Scheune und ein Gräberfeld mit 1016 Kreuzen,“ so berichtet „Antifa“, Hamburg-Seite, Febr./März 2005. „Hier wurden Häftlinge aus den Konzentrationslagern Hannover-Stöcken und Mittelbau-Dora im Harz am 13. April 1945 bei lebendigem Leib verbrannt. Nur einen Tag später rückten die US-Truppen an. Unter der amerikanischen Besatzung mussten die Einwohner von Gardelegen die Opfer des Massenmordes in Einzelgräbern bestatten.“ Der Haupttäter, NSDAP-Kreisleiter Gerhard Thiele, konnte fliehen und lebte unter falschem Namen in der Bundesrepublik. Erst nach seinem Tod gelang es einem Kriminalbeamten, Thieles Identität aufzudecken.

Anders als in Westdeutschland, wo viele NS-Verbrecher wie jener Gerhard Thiele straffrei blieben, wurden in Ostdeutschland die Täter abgeurteilt.

weiter Seite 3

Ausgerechnet Bachmann...

DRESDEN. Noch in diesem Jahr will die NPD-Landtagsfraktion in Sachsen eine parteinahe Stiftung gründen (siehe auch S. 1). Bei den Beratungen des Sächsischen Doppelhaushaltes 2005/2006 will die NPD 100 000 Euro pro Jahr an Zuschüssen für ihre Stiftung beantragen, die den Arbeitstitel „Walter-Bachmann-Stiftung“ in Erinnerung an den 2002 verstorbenen NPD-Ehrenvorsitzenden trägt.

Der Versicherungskaufmann Walter Bachmann ist ein typischer Vertreter der Gründungsgeneration der neofaschistischen Partei. Der Sohn eines „sudetendeutschen Bankdirektors, der nach dem Kriegsabitur mit 17 Jahren Kriegsfreiwilliger wurde, ein Jahr später, 1941 der NSDAP beitrat, 1944 zum SS-Untersturmführer befördert wurde, sich nach der Flucht aus jugoslawischer Kriegsgefangenschaft und der Entlassung aus amerikanischer Internierungshaft 1947 weiterhin in faschistischen Traditionsverbänden wie der HIAG und postfaschistischen Parteien wie der SRP und der gemäßigteren DRP betätigte“ (Niethammer, „Angepaßter Faschismus“, S. Fischer 1969). Zusammen mit zwei Zollinspektoren, die ebenfalls aus der „Deutschen Reichspartei“ kamen, hatte der Alt-Nazi den NPD-Landesverband in Bayern in den sechziger Jahren fest im Griff. Bei der Wahl 1966 wurden für die NPD in Bayern 780 572 (7,4%) der Erst- und Zweitstimmen abgegeben. In 33 Stadt- und Landkreisen erzielte die NPD mehr als 10% der Stimmen, davon waren 19 Kreise in Mittelfranken. Mit 15 Abgeordneten zog die NPD schließlich in den bayerischen Landtag ein. Der in Regensburg wohnende Bachmann, zu dieser Zeit auch schon stellvertretender Landesvorsitzender, wird stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Der 1923 geborene Sudetendeutsche gehörte auch dem revanchistischen „Witiko-Bund“ an. 1996 war der Ehrenvorsitzende der NPD auch Mitorganisator eines „Kameradenhilfswerkes für nationale Gefangene“. Auch zur „Deutschen Volksunion“ (DVU) unterhielt Bachmann Kontakte. 1998 wurde er in der „Deutschen Wochenzeitung“ (DWZ) interviewt.

hma ■

Völkisches „Hilfswerk“ in Gründung

HADAMAR/WESTERWALD. Mit Postfach in Hadamar und Konto bei der Limburger Volksbank gründet sich derzeit ein Verein „Deutsches Notopfer Hilfswerk“ (DNHW). Die neofaschistische Zweimonatsschrift „Recht und Wahrheit“, deren Herausgeber Georg Albert Bosse jüngst in Spanien verstorben ist, bezeichnet den Verein als „die erste, rein deutsche Vereinigung zur Hilfe in Not und Elend geratener Deutscher in der BRD - und zwar nur Deutscher, da gerade sie oft vernachlässigt werden“. Dabei haben sich die Initiatoren, Michael Horn (40) und Michael Müller (47) viel vorgenommen. „Alle deutschen Betriebe sind aufgerufen, ihren Überschuß an Lebensmitteln, Kleidung und anderen Gütern unentgeltlich unseren notleidenden Volksangehörigen zu überlassen“, heißt es in „Recht und Wahrheit“. Deswegen sollen z.B. leerstehende „private oder gewerbliche Lagerhallen“ dem DNHW gemeldet werden. Auch Fahrzeuge für den Transport werden gesucht. „Die Politik mag sich parallel und langfristig zu unseren Gunsten entwickeln“, doch das DNHW arbeite „schon heute und direkt unseren Volksgeschwistern zu, damit der „kranke Michel“ wieder genesen wird“. Für den Anfang sucht der Verein in Gründung noch „dringend aktive Helfer“, wie es in einer Anzeige in der Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ heißt. *hma* ■

Demo in Bludenz

ÖSTERREICH/BLUDENZ. Mehre hundert Menschen sind Ende Februar einem Aufruf zu einer antifaschistischen Demonstration nach Bludenz im Vorarlberg gefolgt. Aufgerufen zu der Demonstration unter dem Motto „Es ist Zeit, das Schweigen den Lämmern zu überlassen“ gegen die wachsende Neonazi-Szene im westlichsten Bundesland Österreichs hatte u.a. die „Sozialistische Jugend Österreich“ (SJ) und antifaschistische Gruppen. Die Polizei verhinderte dabei nach eigenen Angaben An- und Übergriffe rechter Skinheads auf die Demonstranten. Einige von auswärts angereiste Neonazis seien nach ihrer Ankunft in Bludenz vorübergehend festgenommen worden. Zum Abschluss der Demonstration wurde ein antifaschistisches Konzert durchgeführt. Nach Angaben der „SJ“ hat sich der Vorarlberg in den letzten Jahren „zu einem Tummelplatz der internationalen Naziszene“ entwickelt. Der von ÖVP und FPÖ gestellten Landesregierung wird vorgeworfen, die rechten Umtriebe zu dulden. *hma* ■

Schläge aus NPD-Bus

ITZEHOE. Die Kriminalpolizei in Itzehoe sucht nach Zeugen für einen Vorfall, der sich zum Ende des Landtagswahlkampfes am 18. Februar am Itzehoer Bahnhof zugetragen hat. Ein Passant hatte an einen Lautsprecherwagen der NPD, ein VW-Bus in Tarnfarben, geklopft. Daraufhin öffnete sich die Schiebetür des Wagens und der Mann wurde unvermittelt gegen den Kopf geschlagen. Die Türe schloss sich wieder und der NPD-Lautsprecherwagen fuhr weiter. Nun sucht die Polizei nach Zeugen für diesen Vorfall. *hma* ■

Korrektur gefordert

MÜNSTER. Die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Christina Weiss, denkt hinsichtlich des „Westpreußischen Landesmuseums“ in Münster-Wolbeck über eine Zusammenlegung mit dem ostpreußischem Pendant am Standort Lüneburg nach. „Der derzeitige Zustand“ sei „auf Dauer für eine öffentlichkeitswirksame Museumsarbeit unzureichend“, schreibt die Bundesbeauftragte in einer Stellungnahme.

„Unzureichend erscheint auch das Konzept des Museums: Die Nazi- und SS-Vergangenheit des Stiftungsnamensgebers Witzleben wird ebenso verschwiegen wie das Konzentrationslager Stutthoff, wo Zehntausende umgebracht wurden. Der Zeitraum von der Angliederung Westpreußens an Polen bis zum Beginn der Vertreibung der Deutschen Ende des zweiten Weltkriegs wird kaum erwähnt, die Jahre 1920 bis 1945 werden fast komplett ausgeblendet“, kritisierte die „TAZ Ruhr“ am 25.2.2005.

In Münster, wo sich vor allem konservative Politiker immer wieder für das Westpreußen-Museum stark machen, will man von der SS-Vergangenheit Erik von Witzlebens, dem Namensgeber der Trägerstiftung, nichts gewussßt haben. Von Witzleben wurde 1940 auf Bitten eines SS-Oberführers mit einem „Führerdienstgrad“ in die nationalsozialistische Eliteorganisation aufgenommen. 1942 wird der Blaublütige SS-Sturmbannführer. Abgeordnete von „Bündnis 90/Die Grünen“ fordern nun eine konzeptionelle Überarbeitung der Museumsinhalte. Zusätzlich zum fast verschwiegenen Nationalsozialismus solle „ein seriöses Museum der Frage nachgehen, ob das ‚segensreiche‘ vorkoloniale Wirken des Deutschen Ritterordens im heutigen Nordpolen und Baltikum tatsächlich so unumstritten ist, wie es die Darstellung glauben macht“. Angesichts der Tatsache, dass das Museum mit knapp 600 000 Euro aus öffentlichen Kassen gesponsert wird, ist diese Forderung mehr als überfällig. *hma* ■

Immobilien-Verkauf an rechten Versandhandel

Thüringen.Eine Ostthüringer Kommune hat eine Immobilie an einen Versandhändler rechter Propaganda-Artikel verkauft. Wie MDR THÜRINGEN EXKLUSIV berichtete, versteigerte der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt eine ehemalige Grundschule in Remda-Teichel offenbar unwissentlich an den Betreiber eines rechten Versandhandels.

weiter Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

Walter Biermann und Arno Brake wurden im sächsischen Torgau zum Tode verurteilt, sie sind in Halle gehenkt und anonym beerdigt worden – um dann im Jahre 2004 in einer Gedenkveranstaltung von Dr. Gauck in Torgau geehrt zu werden. Dagegen wehrt sich Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz; er war selbst als sog. Deserteur von den Nazis zum Tode verurteilt worden. Er kommt zu Karfreitag 2005 nach Dortmund. Er war in Torgau/Sachsen am Hauptsitz der NS-Militärgerichtsbarkeit in Ford Zinna inhaftiert, hat überlebt - und viele seiner antifaschistischen Kameraden in Torgau in den Tod gehen gesehen. Anfang der neunziger Jahre wurde dort eine Gedenkstätte für die Opfer der NS-Militärjustiz geschaffen. Am 9. Mai 2004 jedoch wurde dort im Sinne des außerhalb Sachsens allgemein abgelehnten sächsischen Gedenkstättengesetzes und der Faschismus und Kommunismus gleichmachenden „Totalitarismustheorie“ eine Gedenkstätte auch für die nach 1945 eingesessenen Nazis geschaffen, von denen eine Reihe wegen ihrer Verbrechen zum Tode verurteilt worden waren. Zu diesem Zweck wurde eine Ausstellung für die Täter geschaffen, während die Ausstellung über die Opfer eingeschränkt wurde. „Diese Ausstellung ist für unsere Opfer eine Beleidigung.“ Das schrieb Ludwig Baumann an Dr. Joachim Gauck, der als Redner für die Ausstellungseröffnung vorgesehen war.

Dortmund-Bittermark: Mahnmal zur Erinnerung an die Massenerschießungen dort und im Rombergpark durch die Gestapo im Februar und März 1945. Das Mahnmal wurde nach mehrjähriger Bauzeit (Architekt Will Schwarz) Karfreitag 1960 eingeweiht.

Gauck ließ es sich jedoch nicht nehmen, dabei mitzuwirken, aus der Gedenkstätte für die Opfer der Wehrmachtsjustiz in Torgau eine Gedenkstätte auch für die NS-Täter zu machen. Er ehrte also damit auch Täter, die an Massenverbrechen kurz vor Kriegsende beteiligt waren, an sog. Kriegsendphasenmorden. An Untaten, die dem Massaker der Gestapo kurz vor Kriegsende in der Dortmunder Bittermark und im Rombergpark vergleichbar waren.

Das Internationale Rombergpark-Komitee hat jetzt eine Dokumentation vorgelegt (siehe www.nrw.vvn-bda.de), mit der nachgewiesen wird, dass die Karfreitagmorde von Dortmund keine Einzeltat waren, sondern dass solche Verbrechen an zahlreichen Orten im Reich verübt wurden. Die Nazis wollten damit ihre Gegner vernichten, damit es nicht zu einem neuen 1918 kommen sollte, wie sie sagten. Die Dokumentation weist bisher 45 Orte mit Kriegsendphasenverbrechen aus, und wöchentlich kommen weitere Angaben über weitere Opferstätten hinzu, weil Heimatforscher dem IRPK Hinweise geben.

Solche Todesurteile wie sie die sowjetischen Behörden vollstrecken ließen, wurden zunächst auch in Westdeutschland von den Alliierten ausgesprochen und vollstreckt. Nach der Wende 1989/90 wurden jedoch die in Ostdeutschland Verurteilten sehr oft rehabilitiert – und geehrt. Die so Geehrten waren auch die beiden Mörder Biermann und Brake. Deren Überreste wurden im Juni 2003 in Halle auf dem Gertraudenfriedhof mit Stelen und „ewigem Ruherecht“ geehrt. Dagegen protestierte der Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des NS-Regimes und Hinterbliebener in Sachsen-Anhalt, der von einem „Ehrenfriedhof“ für über hundert Kriegsverbrecher und Naziaktivisten sprach. Dagegen protestierten die jüdischen Gemeinden. Und auch die bundesweite Organisation der VVN-BdA schloss sich dem Protest an – wie sie auch den Protest des Bundesverbandes der Opfer der NS-Militärjustiz gegen die Ehrung der Täter vom 9. Mai 2004 in Torgau unterstützt.

Für die Opferorganisation VVN-BdA in Dortmund bedeuten die Vorgänge in Torgau und Halle, befördert von Dr. Gauck, einen unfassbaren Tabubruch. Ein VVN-Sprecher: „Wenn sich Dr. Gauck in Dortmund am Karfreitag ebenso verhält wie am 9. Mai vorigen Jahres in Torgau, dann käme dies der Ehrung für die Gestapomörder von 1945 im Rombergpark und in der Bittermark gleich.“ Zwei der Verantwortlichen an den Verbrechen im Rombergpark und in der Bittermark, der frühere Oberregierungsrat Roth und der Kriminalrat Söchting, waren nach 1945 nach Jugoslawien ausgeliefert und dort hingerichtet worden, die anderen Täter waren nie belangt oder zu geringen Freiheitsstafen verurteilt worden.

Der Entwicklung zur Umwidmung auch der Gedenkstätten im Westen steuert die VVN-BdA entgegen. Unterstützt von der VVN-BdA veranstaltet das Rombergpark-Komitee am Gründonnerstag, 24. März 2005, im Rathaus der Stadt Dortmund ein Treffen von Überlebenden und Angehörigen sowie Mitstreitern der Opfer von Kriegsendphasenverbrechen aus ganz Deutschland. Antifaschistinnen und Antifaschisten aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und des ehemaligen Jugoslawien, aus Belgien, Frankreich, den Niederlanden, Italien, Polen und den baltischen Ländern haben sich angekündigt, ferner Vertreter der Zivilgesellschaft aus zahlreichen deutschen Städten mit Kriegsendphasenopfern.

Wer Interesse an diesem Treffen hat, wende sich an vvn-bdanrw@freenet.de.

Ulrich Sander ■

Eins null für 04

GELSENKIRCHEN. Der Fußball-Bundesligist FC Schalke 04 setzt ein deutliches Zeichen gegen Neonazismus und Rassismus. Wie der Revierclub am 22. Februar gegenüber dem Handlsblatt mitteilte, hat der Vorstand entschieden, dass eine Mitgliedschaft in der NPD, bei den REPs oder Parteien mit gleichen oder ähnlichen politischen Zielen laut Vereinssatzung unvereinbar ist mit einer Schalke-Mitgliedschaft. Mitglieder einer der drei genannten Parteien werden künftig sofort vom Verein ausgeschlossen bzw. nicht in den Club aufgenommen. Sie sollen außerdem keinen Zutritt in der ‚Arena Auf Schalke‘ erhalten. *kun* ■

Riegers Truppe muss den Heisenhof verlassen

STADE. Die Neonazi-Bewohner des „Heisenhofes“ in Verden müssen das Anwesen, das dem rechtsextremen Anwalt Jürgen Rieger gehört, umgehend verlassen. Das Verwaltungsgericht (VG) Stade veröffentlichte am 28.2.05 seine Entscheidung, mit dem ein Eilantrag der Bewohner abgelehnt wurde. Zwar ist noch Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht möglich, die sofortige Vollziehbarkeit ist aber in Kraft. Über den eigentlichen Widerspruch gegen das Verbot der Wohnnutzung ist noch nicht entschieden.

Quelle: igdr 28.2.05 ■

Fortsetzung von Seite 3

Wie Landrätin Marion Phillip MDR 1 RADIO THÜRINGEN sagte, versteigerte ein Berliner Auktionshaus das Gebäude an zwei Privatpersonen, die den Versandhandel betreiben. Für das Gebäude bekam der Landkreis 19.000 Euro. Ursprünglich sollte der Verkauf 120.000 Euro einbringen. Der Gemeinde, die ein Vorkaufsrecht hatte, war die Schule für 158.000 Euro angeboten worden.

Der Bürgermeister von Remda-Teichel, Horst Engelmann (CDU), sagte dem MDR, dass die neuen Besitzer das Gebäude in ein Wohnhaus umwandeln wollen. Sie hätten bereits einen Bauantrag eingereicht.

Dem Fernsehmagazin MDR THÜRINGEN EXKLUSIV liegt eine Liste von Immobilien vor, die bereits in der Hand von Rechtsradikalen sind. Mindestens acht dieser Grundstücke und Häuser liegen in Thüringen. Beim Thüringer Verfassungsschutz als rechtsextrem bekannt sind Grundstücksbesitzer unter anderem im Sonneberg, Jena und Pößneck. In der Regel erfolgten die Ankäufe von Privat an Privat. Der Fall von Teichel ist so brisant, weil erstmals ein Ankauf aus öffentlicher Hand geschah.

Die Thüringer PDS-Fraktion kritisierte, der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem für derartige Fälle habe ein weiteres Mal versagt. Die Fraktion hat inzwischen eine außerordentliche Sitzung des Innenausschusses beantragt. ■

„Naziaufmarsch Smashen"

DESSAU. Am 12. März 2005 mobilisieren Neonazikameradschaften nach Dessau (Sachsen-Anhalt) zu einem „Trauermarsch im Gedenken an die Zerstörung der Stadt Dessau vom 7.3.1945". Der Aufmarsch (Treffpunkt der Nazis: 12.00 Uhr Hauptbahnhof) reiht sich inhaltlich in eine geschichtsrevisionistische und antisemitische Nazi-Kampagne ein, die eine Gleichsetzung von Opfern und Tätern betreibt und die Shoa leugnet oder relativiert. Als Anmelder fungiert der Hamburger Neonazikader Christian Worch. Wir denken die Chancen stehen nicht schlecht, durch dezentrale Aktionen den Naziaufmarsch zu verhindern. Kommt nach Dessau und bringt viel Eigeninitiative und Kreativität mit. Auf der Seite: www.operation.taschentuch.de.vu findet ihr alles was sonst noch wichtig ist. *AG Operation Taschentuch* ■

„Polizei löst Skinhead-Konzert in Gotha auf

In Gotha ist am Wochenende ein illegales Skinhead-Konzert aufgelöst worden. Da sich die Rechtsextremisten verbarrikadiert hatten, verschaffte sich die Polizei nach eigenen Angaben gewaltsam Zutritt und setzte gegen die Flaschen werfenden Skinheads Pfefferspray ein. Die Personenüberprüfung ergab, dass die 80 Konzertbesucher aus Thüringen, Sachsen und Hessen stammten. Die Polizei beschlagnahmte Kisten voller T-Shirts und Sweatshirts sowie Fahnen mit rechtswidrigen Aufdrucken, Tonträger und ein Plakat mit rechtsradikalem Text. Laut Polizei waren bis zur Auflösung des unangemeldeten Konzerts auch verbotene Liedtexte zu hören." ■

Proteste gegen Nazi-Aktion

AUGSBURG. Für den 25. Februar hatten NPD und andere rechte Gruppen zu einer Mahnwache für die „deutschen Opfer" des „alliierten Bombenterrors"aufgerufen. Der DGB reagierte mit einer Kundgebung gegen jeglichen Krieg, an der ca. 200 Menschen teilnahmen. Ein großer Teil der anwesenden AntifaschistInnen begnügte sich nicht mit der passiven Teilnahme an einer Kundgebung, sondern wollte sich den FaschistInnen aktiv entgegenstellen. Einheiten von Bereitschaftspolizei und USK riegelten Teile der FußgängerInnenzone rund um den Martin-Luther-Platz, wo sich die Rechten versammelten, weiträumig mit Absperrgittern ab. Dennoch gelang es etwa 100 AntifaschistInnen, die Kundgebung der ca. 30 Nazis lauthals mit Parolen, Trillerpfeifen und Konfettiregen zu stören. Während die Mahnwache der FaschistInnen bereits begonnen hatte, trafen etwa 15 größtenteils junge RechtsextremistInnen aus München vom Hauptbahnhof kommend am Königsplatz ein. Dort wurden sie von AntifaschistInnen und PunkerInnen gebührend empfangen.

Gegen 18.15 Uhr beendeten die Nazis vorzeitig ihre Kundgebung und die MünchnerInnen bewegten sich wiederum unter Polizeischutz in Richtung Bahnhof. Dabei wurden sie von etwa 50 Antifas lautstark begleitet und am Hauptbahnhof mit Schneebällen und Eierwürfen aus Augsburg verabschiedet.

Auch wenn die Mahnwache der Nazis nicht verhindert werden konnte, mussten die FaschistInnen erneut feststellen, dass sie in Augsburg bei öffentlichen Auftritten mit entschlossenem und zahlreichem Widerstand zu rechnen haben. Und dies nicht nur, wenn Protest staatlich verordnet und inszeniert wird, um das Bild des geläuterten Deutschlands zu wahren.

AK Antifa der autonomen Gruppe Contra Real ■

Holland ist überall...

Vortrags- und Diskussionsabend:
Rassismus in den Niederlanden
Mittwoch, 9. März um 19.00 Uhr
im Alexander v. Humboldt Haus (Che), Pontstraße
Vortrag von Karl Matheu, Antidiskriminierungsbüro Maastricht

Nach den Morden an dem Politiker Pim Fortyun und dem Filmemacher Theo van Gogh schlagen die Wellen in den Niederlanden hoch. Die Situation wird oft verglichen mit der plötzlich geöffneten Käseglocke, unter der es gärte bis zum „Ausbruch" Diese Sichtweise verkennt, dass diejenigen, die jetzt vom „Krieg der Kulturen" sprechen, diesen systematisch vorbereiten und für eigene Zwecke anheizen. Wie schon Anfang der 90er Jahre in der Bundesrepublik ergänzen sich Medien, politische Parteien und Neonazis, schaukeln sich gegenseitig hoch und begründen ihre Handlungen untereinander. So wurde der Asylartikel des Grundgesetzes letztlich von einer politischen Klasse abgeschafft, die den faschistischen Mob für ihre Zwecke benutzte. Die Neonazis ihrerseits konnten sich als Vollstrecker eines „Volkswillens" aufspielen, weil Medien und PolitikerInnen ihnen immer wieder die Stichworte für ihren Terror lieferten. Mehr als 100 Menschen fielen diesem Terror zum Opfer.

Die Situation in den Niederlanden ist heute sehr ähnlich. Es herrscht ein gesellschaftlicher Konsens, dass MigrantInnen als „Problem" gesehen werden. Menschen muslimischen Glaubens werden nur noch als „Islamisten" wahrgenommen, was sich seit dem 11. September bestens auf Terroristen reimt. Kritik an den Formen der islamischen Religionsausübung gehört zum Alltag einer multikulturellen Gesellschaft. Zwangsverschleierung und Zwangsheiraten sind auch in der Gemeinschaft der MuslimInnen umstritten. Anhänger der muslimischen Religion als „Ziegenficker" zu verunglimpfen – wie es der Regisseur Theo van Gogh mehrmals tat – ist allerdings keine Kritik. Trotz dieser Schmähungen: Für die Ermordung politischer Gegner gibt es keine akzeptablen „Gründe".

In der Folge des Mordes an Van Gogh wurden ca. 96 Angriffe, Bombenattentate und Brandanschläge gegen Moscheen und muslimische Schulen gezählt. Auch dies ist keine tolerierbare Art der Auseinandersetzung und es sollte keine Illusion darüber herrschen, dass die gleichen Verbrecher auch Synagogen, Roma oder MigrantInnen allgemein angreifen.

Es ist auch nicht wahr, dass der Mord an Van Gogh ein Grund für diese Anschläge war, es war ein Vorwand. Am Wochenende nach dem Mord wurde in Eindhoven ein Bombenattentat auf eine muslimische Schule verübt. Tatverdächtig waren die, die ein gleiches Attentat auf die gleiche Schule schon 2003 verübt hatten. Der niederländische Professor Dr. George Harink (Edmund Burke Stiftung, Den Haag) verbreitet ausgerechnet in der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit" vom 10.11. 2004 seine Forderung nach „Rückkehr der nationalen Identität". Eine „Law and Order Gesellschaft" schwebt Harink und anderen vor. Der Mord an van Gogh ist dafür nur ein Vorwand.

Von einem Dialog auf gleicher Augenhöhe zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft sind wir weit entfernt. Von dem „Krieg der Kulturen", den manche herbeireden möchten, allerdings auch.

Veranstalter: Antifaprojekt an Aachener Hochschulen und VVN- Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten ■

Schützinger ist in die NPD eingetreten

Der Vorsitzende der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH), Jürgen Schützinger, hat seine „aktive Mitgliedschaft“ bei der NPD erklärt. Schützinger will bei den Landtagswahlen Baden-Württemberg im März 2006 für die NPD kandidieren. Damit kann die NPD wieder einen Erfolg bei ihrem Bestreben verbuchen, die zersplitterte extreme Rechte unter ihrem Dach zu versammeln. Schützinger, der sich in seinem Briefkopf schon mal als „Verfassungsschützer“ bezeichnet, war bereits von 1975 bis 1991 NPD-Mitglied gewesen. Von 1978 bis 1991 war er Landesvorsitzender der NPD in Baden-Württemberg und in dieser Zeit u.a. auch Bundesgeschäftsführer und stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD. 1991 hatte er sich mit anderen Abweichlern von der NPD getrennt und die DLVH gegründet. Seit 1980 gehört Schützinger dem Gemeinderat seiner Heimatstadt Villingen-Schwenningen an, seit 1984 auch dem Kreistag des Schwarzwald-Baar-Kreises. Die DLVH hatte bereits im Oktober 2004 in einer Bundesvorstandssitzung beschlossen, die „rechte Einigung“ von NPD und DVU zu unterstützen. Die politische Zukunft der DLVH mit ihren etwa 300 Mitgliedern, die sich selbst als „überparteilichen Verein“ bezeichnet und deren Internetpräsenz identisch mit der Website von Schützinger ist, bleibt mit dem Parteieintritt von Schützinger im Ungewissen. In einer Erklärung „Jetzt hilft nur noch NPD!“ sprach Schützinger zwar über eine „schicksalsschwere Notzeit unseres Volkes“, vermied es jedoch, zur künftigen Rolle der DLVH Stellung zu nehmen. *idgr 26. Februar 2005* ■

Bayern hält die Rechte an „Mein Kampf“

MÜNCHEN. Der Freistaat Bayern will das Erscheinen einer Neuauflage von Adolf Hitlers „Mein Kampf“ in Polen verhindern. Wie der bayerische Finanzminister Kurt Faltlhauser am Dienstag in München erklärte, verfügt Bayern über sämtliche Urheber- und Verwertungsrechte an dem Werk und geht gegen jede Verbreitung der Propagandaschrift juristisch vor. Der Breslauer Verlag XXL hatte angekündigt, eine Neuausgabe des Buches Anfang März in den polnischen Buchhandel zu bringen. Für die Wiederauflage habe der Rechts- und Medienwissenschaftler Bogdan Musial ein Vorwort verfasst, man wolle „historische Quellen verfügbar“ machen, so die Begründung der Herausgabe. Bogdan Musial ist als Kritiker der „Wehrmachtausstellung“ bekannt geworden. Es gelang ihm die fehlerhafte Zuordnung von Fotos von Judenpogromen des sowjetischen Geheimdienstes in Tarnopool und Fotos von Wehrmachtsverbrechen in Weißrussland aufzudecken. Der handwerkliche Fehler der Austellungsmacher führte zu dem politischen Dauerbeschuss und letztlich zum Rückzug und zur Überarbeitung der gesamten Ausstellung. Bereits damals mahnten Stimmen die extrem rechte Orientierung Musials an, was allerding durch sein Renommee als erfolgreicher „Nachwuchshistoriker“ aufgefangen wurde. *kun* ■

Internationales Jugendworkcamp Bergen-Belsen 9. - 17. April 05

Zum Internationalen Jugendworkcamp laden christliche und gewerkschaftliche Jugendverbände. 60 Jugendliche aus 7 Ländern pflegen bauliche Reste, machen Baracken und Lagergrenze des ehem. Kriegsgefangenenlagers und KZ symbolisch wieder erkennbar, sprechen mit Verfolgten des Faschismus und heute von Asylpolitik Neonazis Betroffenen. Die Umgebung von Bergen-Belsen mit dem größten, bereits von den Nazis angelegten, Truppenübungsplatz und die zunehmende Ausbreitung von Neonazis in Niedersachsen wird ebenso Thema sein wie Zwangsarbeit, Ausgrenzung und Militarismus.

Zum Jahrestag der Befreiung gestaltet das Jugendworkcamp gemeinsam mit anderen Gruppen die öffentliche Gedenkfeier in Bergen-Belsen.

Bergen-Belsen und die Workcamps bis heute:

Die Gedenkstätte ist ein als Parkanlage gestalteter großer Friedhof. „Man kann sich hier gar nichts vorstellen,“ sagen besonders junge Besucherinnen ständig. Seit Beginn des Jahres 1993 haben erstmals Jugendliche die „steinernen Zeugen“ des Holocaust sichtbar gemacht. Gruppen von Schülerinnen, Auszubildenden, Jugendverbänden haben Barackenfundamente, Lagerstraße und Feuerlöschbecken freigelegt und parallel dazu im Archiv der Gedenkstätte Fotos und Dokumente eben zu diesen Orten aufgestöbert. Viele Fundstücke kamen beim Graben zu Tage. Sowjetische Münzen, Essgeschirr, Stacheldraht usw.; Dinge die auf eine Geschichte von Menschen schließen lassen. Das „Spuren suchen, Spuren sichern“ genannte Projekt ist der Beginn, Bergen-Belsen begreifbar und erfahrbar werden zu lassen.

Im Mittelpunkt des Internationalen Jugendcamps vom 9.- 17.4.05 steht das „Ausgraben der Geschichte“ im ehem. KZ, im Archiv, durch Gespräche mit überlebenden Häftlingen und anderen ZeitzeugInnen. Der von den Nazis angelegte, und bis heute betriebene, größte Truppenübungsplatz Westeuropas bot genügend Platz für sowjetische Kriegsgefangenenlager und ein KZ. Das bis heute genutzte und umstrittene Militärgelände, das, erst im Landtagswahlkampf 1998 geschlossene neo-faschistische Zentrum Hetendorf, der Neonazi-Mordanschlag im nahen Eschede und das neofaschistische Anwerben Jugendlicher in der Umgebung und das neue Nazizentrum Heisenhof im Kreis Verden sowie die Arbeit antifaschistischer Bündnisse und Friedensgruppen der Region bieten u.a. weitere anschauliche Beschäftigung. Flüchtlinge von heute berichten über ihre Verfolgung in den Herkunftsländern und über ihre Situation und Behandlung in Deutschland. Internationale kulturelle Angebote zum Thema und zur Unterhaltung stehen ebenso auf dem Programm.

Für die Teilnehmenden des Camps wird das gemeinsame Handeln in einer internationalen Gruppe aus 7 Ländern gerade an diesem Ort eine wichtige Erfahrung sein. Das Programm wird auf Wunsch von der DGB-Jugend zugesandt. Die Teilnahme kostet 70,- Euro. Darin sind enthalten alle Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Aktivitäten und Programm. Die Woche ist als Bildungsurlaub anerkannt. Eine offizielle Schulbefreiung ist möglich. Anmeldeschluss ist der 12.3.05. ■

Information und Anmeldung bei: DGB-Gewerkschaftsjugend Niedersachsen-Bremen, H-D. Charly Braun, Dreyerstr. 6, 30169 Hannover, Tel. 0511- 456252 oder 0511-1260161, Fax 0511-1260157

Fortsetzung folgt ...

Flut von Neonazikonzerten in Sachsen

Im Jahr 2004 gab es in Sachsen mindestens 30 extrem rechte Konzerte, 2005 finden sie schon wöchentlich statt. ***von Peter Conrady***

In den letzten Wochen ist festzustellen, dass Sachsen sich zu dem Schwerpunktgebiet für Neonazikonzerte entwickelt hat, wie die Kampagne „Schöner Leben ohne Naziläden“ mitteilte.

Demnach gab es im letzten Jahr mindestens 30 extrem rechte stattgefundene oder abgebrochene Konzerte in Sachsen Und dieses Jahr haben schon mindestens fünf Konzerte dieser Art stattgefunden. Das bedeutet, jedes Wochenende findet derzeit in Sachsen ein Konzert von und für Neonazis statt. Und die nächsten Konzerte sind schon geplant.

Zählt man Konzerte in den angrenzenden Ländern hinzu, erhöhen sich die Zahlen nochmals deutlich. Die Konzerte bedienten vom Liedermacherabend, über Hardcore/Hatecore-Konzerte und ursprünglichen RechtsRock ein breites Genre.

Hinzu kommen außerdem noch extrem rechte Black Metal Konzerte.

Erst am Samstag, 19. Februar fand in der Nähe von Dresden in Borthen ein derartiges Konzert statt. Auftreten sollten die Bands Murder Squad, Totenburg, Race Riot und Inborn Hate.. Eingeladen dazu hatte per persönlicher Einladung via Email „S.T.“aus Bautzen und via Handzettel „K. Scholz“ .

Dahinter verbergen sich zwei schon länger als Organisatoren von Neonazikonzerten bekannte sächsische Neonazis. S.T. ist nach Eigenangaben beteiligt gewesen an der Organisation und Durchführung diverser Neonazikonzerte der

letzten Wochen in Mücka/Ostsachsen. Für Mücka bewirbt er auch schon weitere geplante Konzerte. Hinter „K. Scholz“ steht laut Angaben lokaler Antifas Karsten Scholz aus Dresden. Er ist auch Herausgeber des Neonazifanzines Rufe ins Reich, dessen aktuelle Ausgabe das sächsische Landeskriminalamt bei einer Razzia beschlagnahmt hat. Ferner griff er am 27.11.2005 in Pirna Demonstranten mit Eiern an und wurde dafür vorläufig festgenommen, er ist ebenfalls im Umfeld der verbotenen Kameradschaft Skinheads Sächsische Schweiz aktiv.

Das konspirativ organisierte Konzert in Borthen verursachte zwar einen nächtlichen Polizeieinsatz, wurde jedoch nicht davon beeinträchtigt.

Auch für die nächste Zeit steht gleich eine ganze Handvoll weiterer Termine für Mücka schon fest. So soll am 5. März ein Konzert mit Jagdstaffel, Baden Korps, Selbststeller, Voice of Thunder stattfinden. Eine Woche darauf werden die Neonazi-Liedermacher Annett Möck und Michael Müller an gleicher Stelle auftreten im Rahmen einer Tour durch Sachsen mit weiteren Auftrittsorten, am 26.3. dann die Hooliganband Kategorie C aus Bremen und die Cottbuser Band Frontalkraft. Für den 2. April sind English Rose, White Law, English Rose, Nordfront angekündigt, Mitte April die Thüringer NSBM-Band Absurd und am 7. Mai die schwedische Band Ultima Thule neben drei weiteren einschlägigen Bands aus dem europäischen Ausland.

Damit entwickelte sich Mücka zu dem Anlaufpunkt für Neonazikonzerte in Sachsen.

http://stoppnazilaeden.de.vu/ ■

Pressemitteilung des A.I.D.A. e.V. vom 16. Februar 2005

Neonazistisches Spektakel in München

Kameradschaft München kündigt Demo und Rechtsrockkonzert für den 2.4.05 an

Unter dem Motto „Nur ein Esel glaubt noch an einen Sozialstaat in BRD“ hat der Anführer der Kameradschaft München Norman Bordin eine Demonstration in München angemeldet. Als Redner (allesamt aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften/Freie Nationalisten“) sind bislang angekündigt:

Veranstaltung „Wahrheit macht frei“ am 21.4.1990 mit David Irving im Münchner Löwenbräukeller: Junge Neonazis aus München wiederholen die Eselsmasken-Show der ANS von 1978

Norman Bordin (Kameradschaft München, Mitglied der NPD). Lars Käppler (Ex-Vorsitzender der Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft BDVG). Axel W. Reitz („Gausekretär Rheinland“ des Kampfbundes Deutscher Sozialisten KDS). Dieter Riefling (Ex-Kader der inzwischen verbotenen Neonaziorganisation FAP). Christian Worch (zentrale Figur der Neonaziszene, Anmelder zahlreicher Demos).

Außerdem kündigt Bordin den Auftritt mehrerer Rechtsrockgruppen an, angefragt/angekündigt seien demnach: Blitzkrieg (Chemnitz), Tobsucht (Süddeutschland), Act of Violence, Oidoxie (Dortmund), xxx (Projekt von Annett Moeck (NPD-Liedermacherin aus Schwedt) und Michael Müller (aus Regensburg: Mitglied der Burschenschaft Teutonia, tritt u.a. bei NPD/JN-Veranstaltungen auf)

Im Internet hat Bordin verlauten lassen: „Wir werden uns redlich bemühen, dass diese Demo in die Annalen der Stadt München eingehen wird, als Aufbruch in eine bessere Zeit“. Angekündigt wird die Demonstration auch bundesweit auf den Websites verschiedener „Freier Kameradschaften“.

„Wir fordern die Stadt München auf, den Bürgerinnen und Bürgern mitzuteilen, was da am 2. April womöglich auf sie zukommt“, so ein Sprecher von AIDA und:

822 Menschen wurden in Ostdeutschland Opfer rechtsextremer Gewalt

Jahresbilanz 2004 der Opferberatungsstellen

In einer gemeinsamen statistischen Erhebung ziehen die acht vom Bundesprogramm CIVITAS geförderten Projekte zur Beratung von Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten Bilanz für 2004: Bei 551 Angriffe kamen 822 Menschen zu Schaden. Die meisten Gewalttaten ereigneten sich in Sachsen.

Seit Herbst 2001 werden mit Hilfe des Bundesprogramms Civitas acht Projekte zur Beratung von Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten gefördert. „Civitas – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ ist ein Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und unterstützt die Schaffung einer demokratischen, gemeinwesenorientierten Kultur in den neuen Bundesländern. Für das Jahr 2004 legen die Beratungsstellen eine gemeinsame statistische Erhebung vor, in der Zahlen über recherchierte Angriffe sowie über KlientInnen veröffentlicht sind. Die Beratungsstellen sind Reach Out e.V. in Berlin, die Opferperspektive e.V. in Brandenburg, in Sachsen-Anhalt die Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt und die Beratungsstelle für Opfer und potenzielle Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten im Multikulturellen Zentrum Dessau, in Sachsen AMAL – Hilfe für Betroffene rechter Gewalt und die Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt in Leipzig und Nordwestsachsen bei der RAA Leipzig, und in Thüringen der Thüringer Hilfsdienst für Opfer rechtsextremer Straftaten (THO).

Recherchierte Straf- und Gewalttaten

Im Jahr 2004 erlangten die Opferberatungsstellen Kenntnis von insgesamt 551 rechtsextremen Angriffen. Die meisten dieser Gewalttaten ereigneten sich in Sachsen (146), gefolgt von Brandenburg (136) und Sachsen-Anhalt (109). Von den 551, in ihrer Intensität sehr unterschiedlichen Angriffen, waren mindestens 805 Personen direkt betroffen. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle handelte es sich um Körperverletzungsdelikte.

Beratungsfälle

Die Beratungsstellen betreuten im vergangenen Jahr insgesamt 1230 KlientInnen, darunter 822 Personen, die direkt zu Opfern rechtsextremer Gewalttaten geworden sind. Es handelte sich dabei um 675 Männer und 147 Frauen. Mindestens 360 der beratenen Personen, vor allem Flüchtlinge, MigrantInnen und AussiedlerInnen, wurden aus einer rassistischen Tatmotivation angegriffen. Ein weiterer Schwerpunkt lag bei 329 meist jugendlichen Opfern, die sich mehrheitlich einem alternativen Milieu zugehörig fühlen. In 70 % der Fälle erwies sich ein langfristiges Beratungsverhältnis als notwendig.

Keine Entwarnung

Vor dem Hintergrund, dass die Beratungsstellen im Jahr 2003 ebenfalls 551 Angriffe mit mindestens 808 direkte Betroffenen erfassen konnten, muss von einem gleich bleibend hohen Pegel rechtsextremer Gewalt ausgegangen werden. Die professionelle Unterstützung von Opfern rechtsextremer Gewalttaten bildet einen notwendigen und wichtigen Bestandteil von Strategien gegen Rechtsextremismus, die auf den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in den neuen Bundesländern abzielen. Leider wird dieser wichtigen Rolle der Opferberatungsstellen von staatlicher Seite nicht immer Rechnung getragen: Derzeit ist die Opferperspektive in Brandenburg von der Schließung bedroht, weil das Justizministerium die bisherige Landesförderung nicht fortführen will – womit auch die weit höheren Bundesmittel verfallen, mit denen die Opferperspektive derzeit unterstützt wird.

gemeinsame PM der Opferberatungsstellen ■

Chronologie antisemitischer Vorfälle 2004 vorgelegt

Wie im vergangenen Jahr haben die drei Berliner Projekte gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus: apabiz e.V., ReachOut und tacheles reden! e.V., jetzt eine bundesweite Chronologie antisemitischer Vorfälle vom Jahr 2004 vorgelegt. Die auf Presseauswertung basierenden Daten zeigen eine Steigerung antisemitischer Übergriffe, darunter allein 48 veröffentlichte Schändungen von jüdischen Friedhöfen oder Einrichtungen und Mahn- und Gedenkstätten (2003: 35). In 5 Fällen wurden sogenannte „Stolpersteine“ in Berlin, Düsseldorf, Halle und Leipzig zerstört. Diese Zahlen können jedoch keineswegs als vollständig bezeichnet werden – die Dunkelziffer ist erheblich höher. Auch die Anzahl tätlicher Übergriffe auf Menschen mit erkennbar jüdischen Emblemen oder ritueller Kleidung ging 2004 nicht zurück: in diesem Jahr wurden sechs Angriffe veröffentlicht (2003: fünf). Aus den Daten wird ersichtlich, dass Übergriffe und Angriffe in der gesamten Bundesrepublik stattfinden, konstant in Ost und West – tätliche Angriffe auf Menschen gab es in Wismar, Berlin, Hagen und Frankfurt am Main. Dazu kommen Sachbeschädigungen mit eindeutig antisemitischer Konnotation: so wurde etwa in Wuppertal ein Verlagsauto und die Hoftür eines Verlages mit antisemitischen Parolen und mit einem „J“ beschmiert und das Auto demoliert – in der Zeitschrift des Verlages war ein Artikel über die Widerstandsgruppe „Edelweißpiraten“ erschienen. Auffällig ist die besondere Qualität dieser Übergriffe, bei denen die Täter mit antisemitischen Parolen und der Herausstellung einer unterstellten oder realen jüdischen Herkunft Einzelne denunzieren. Die vollständige Chronologie kann bei www.apabiz.de im pdf-Format (91 kB) heruntergeladen werden. Auf Nachfrage kann die Datei auch gerne per Email (mail@apabiz.de bzw. tacheles@tacheles-reden.de) zugeschickt werden. ■

„Wie viele Teilnehmer werden erwartet, welche Demonstrationsroute ist angemeldet bzw. genehmigt, welche Rechtsrockgruppen treten tatsächlich auf?

Stillschweigen und Aussitzen sind der schlechteste Weg Neonazis entgegenzutreten. Angesichts der aktuellen Debatte gehen wir von vielfältigen Protesten gegen dieses geplante Neonazi-Spektakel aus.“

Das Thema der Demonstration „Sozialstaat“ stellt einen weiteren Versuch der Neonazis dar, sich antikapitalistisch und globalisierungskritisch gerierend an die Proteste gegen die sogenannten Sozial- und Arbeitsmarktreformen (Agenda 2010/Hartz IV) anzudocken.

Doch auch wenn Sprache, Outfit und Aktionsformen moderner geworden sind: Hinter der Sozialabbaukritik von Rechts steht die immer gleiche völkisch-rassistische Ideologie von Volksgemeinschaft, Nationalismus und Antisemitismus.

Mit dem Motto der Demonstration spielen die Organisatoren auf frühere Propagandaaktionen neonazistischer Gruppen an. Bereits 1978 liefen Mitglieder der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS), wie Christian Worch und Michael Kühnen mit Helmen, Eselsmasken und Plakaten mit der Aufschrift „Ich Esel glaube noch, dass in deutschen KZs Juden vergast wurden“ durch die Hamburger Innenstadt.

Auch bei einer Demonstration im Jahr 2004 in Hamburg gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht“, trugen Neonazis Eselsmasken und Plakate mit der Aufschrift „Ich bin ein Esel, weil ich immer noch glaube, dass mein Grossvater ein Verbrecher war.“

Den Bezug zu derlei Aktionen stellt Norman Bordin im Internet noch einmal her: „In der Tat stellt Christian (Worch/Anm. AIDA) ein paar Masken aus der Tierwelt zur Verfügung, aber keine Angst, Ratten sind nicht dabei. Diese Masken würden die Bewohner eines Landes beleidigen können, welches kleiner ist als Hessen...;-)“

Auch das ideologische Weltbild der Veranstalter wird damit einmal mehr offensichtlich.

Marcus Buschmüller
AIDA e.V., www.aida-archiv.de ■

60 Jahre Untergang der Nazidiktatur und Befreiung vom Faschismus:

Nie wieder „Volksgemeinschaft“

2005 jährt sich zum 60. Mal die Zerschlagung der Nazidiktatur. Der Vernichtungskrieg, den die Nazis für ein „Großdeutschland“ und die „Volksgemeinschaft“ begonnen hatten, und die Shoah waren die schlimmste Katastrophe der Menschheitsgeschichte. Die Erinnerung an die Verantwortung nahezu aller Deutschen für die Nazibarbarei muss dabei explizit hervorgehoben werden. Millionen haben aus nationalistischer Überzeugung, getrieben von Rassenwahn, Antisemitismus, Antikommunismus, gemischt mit blindem Führerglauben, das Naziregime jahrelang unterstützt und getragen. Aktive Unterstützung auf der einen sowie Untertanengesinnung und die Illusion, sich individuell „durchwursteln“ zu können, auf der anderen Seite, haben die Machtübernahme der FaschistInnen, ihr grausames Terrorregime und ihren barbarischen Raubkrieg ermöglicht. Diese Kriegs- und Eroberungspolitik war von den Nazigrößen zusammen mit den Führungshierarchien der großen Konzerne und Banken, von GroßagrarierInnen, Militärs und hoher Staatsbürokratie betrieben worden. Unter der großen Klammer der „Volksgemeinschaft“ verstand es die Naziideologie, eine rassistisch und nationalistisch begründete „Schicksalsgemeinschaft“ aus ArbeiterInnen, Angestellten, BäuerInnen, HandwerkerInnen einerseits und Großkapital und GroßbürgerInnentum andererseits zu schaffen. Das Konzept der „Volksgemeinschaft“ ist und bleibt Kernpunkt der Ideologie und Propaganda von alten und neuen Nazis.

Büffeln für die „Volksgemeinschaft“

Die NPD hat es ebenso wie die BDVG (Bewegung deutsche Volksgemeinschaft) und andere Neonaziorganisation erkannt. Der ausgerufene „Kampf um die Köpfe“ kann ohne erhöhten Schulungsaufwand nicht geführt, schon gar nicht gewonnen werden. Die wesentlichen ideologischen Impulse in der Schulungsarbeit für die extreme Rechte stammen heute aus den strömungsübergreifenden „Think Tanks“, z.B. dem „Deutschen Kolleg“ (DK). Das DK versteht sich als „Studien- und Kampfgemeinschaft“, deren Mitglieder dem deutschen Reich die Treue schwören und dessen Freiheit sie mit „Gut und Blut“ schützen müssen. Hierfür präsentiert das DK einen „Aufstandsplan für das deutsche Volk“, der einen Reichsverfassungsentwurf beinhaltet: „Es herrscht nicht absolute Religionsfreiheit, sondern nur die Freiheit des Glaubens an das Reich“.

Vom Gasthaus „Goldenes Kreuz“ zur Schulungsstätte unterm Hakenkreuz?

Andreas Thierry ist der offizielle Käufer des alten Landgasthofes „Goldenes Kreuz“ in Hohenberg / Gemeinde Rosenberg. Thierry ist in Österreich vorbestraft, weil er mit seinen Aktivitäten gegen das NS-Verbotsgesetz verstoßen hat. Thierry zählt zu den Holocaust-Leugnern und ist Antisemit. 1993 wurde er nach den Recherchen der österreichischen Zeitschrift Zoom beim „Ulrichsbergtreffen“ (jährliches Treffen alter und neuer Nazis in Kärnten) zusammen mit dem Deutschen Peter Naumann gesichtet, der für eine Reihe von rechtsterroristischen Anschlägen verantwortlich war. Seit Mai 1999 leitet Thierry das „Amt für weltanschauliche Schulungen“ der NPD. Er ist oft Gastreferent bei BDVG-Veranstaltungen, so am 21. Juni 2003 bei einer gemeinsamen „Sommersonnwendfeier nationaler Kräfte in Baden-Württemberg“.

Am 27.11.2004 traten Lars Käppler (BDVG) und Thierry in Brandenburg bei einer Veranstaltung der „Plattform neue Ordnung“ (PNO) auf, die sich am 30.5.2004 in Stuttgart gegründet hatte.

Thierry, so wird vermutet, ist der „Strohmann“, der für die BDVG oder die PNO den alten Landgasthof „Goldenes Kreuz“ erworben hat. Zuvor war es zwei bekannten BDVG-Nazis aus Ellwangen nicht gelungen, über einen Bankkredit das nötige Geld zum Erwerb der Immobilie aufzutreiben. Die beiden Neonazis renovieren zwischenzeitlich aber den Wohnbereich der ehemaligen Gaststätte.

Letztendlich ist es jedoch unwesentlich, welche dieser Organisationen hinter dem Erwerb des Gasthofes steht. Die Nutzung als Schulungsstätte und „Kaderschmiede“ dürfte klar sein.

Das große Gebäude liegt nicht weit von der Route des „Hessentaler Todesmarsches“ entfernt, der am 6. April 1945 die geschundenen jüdischen KZ-Häftlinge hier vorbei führte.

Braune Schulungsstätte in Rosenberg?

Schon bei der Abspaltung der späteren BDVG-Aktivisten von der JN (Junge Nationaldemokraten) im Jahr 1999 war die strategische Ausrichtung der „Abweichler“ klar. Die Schaffung „parteiunabhängiger Kaderorganisationen“ mit enger Anbindung an das Spektrum der „Freien Kameradschaften“, offen gegenüber allen radikalisierten und militanten Neonazivereinen. Das Problem dabei formuliert die BDVG auf ihrer Internetseite in

einer Strategiediskussion: *„Die erste Grundlage aber einer Führungsstruktur und Hierarchie ist das Programm, der weltanschauliche Unterbau… Jede politische Handlung braucht die entsprechende weltanschauliche Grundlage… …Die Stärke einer Organisation (liegt)… niemals in einer möglichst großen geistigen Selbstständigkeit der Einzelindividuen… sondern vielmehr im disziplinierten Gehorsam mit dem die Einzelindividuen der geistigen Führung Gefolgschaft leisten“*.

In Ellwangen, wenige Kilometer von Hohenberg entfernt, hat der Verlag „Volk in Bewegung“ seine Postfachadresse, im nahe gelegenen Aalen soll die Nazipostille verlegt (gedruckt?) werden. Die „strömungsübergreifende“ Funktion dieses rassistischen Hetzblattes, das von der BDVG herausgegeben wird, ist selbstredend: „…erstklassige Berichterstattung zur richtigen politischen Positionierung weltanschaulicher, nationaler Kräfte.“

Nachfolgend einige Auszüge aus „Volk in Bewegung“ (Internetseite BDVG):

„Die germanische Gutmütigkeit und Harmlosigkeit wird seit einem halben Jahrhundert in einer derart schmählichen Weise missbraucht, dass die Freiheit und selbst die biologische Existenz unserer Völker auf dem Spiel steht.“

„Während die Vermischung der verwandten europäischen Rassen keine großen Nachteile und sicher manchmal Vorteile bringt, wenn auch der jeweilige Rassenkern der einzelnen Völker nicht geschwächt werden sollte, ist eine Kreuzung mit farbigen Rassen, die schon zahlenmäßig immer stärker ins Gewicht fallen abzulehnen, da eine solche Vermengung das rasche Ende unseres Erdteils in gekannter biologischer und geistiger Hinsicht einläuten würde.“

„Deswegen muss ein Volksstaat der Zukunft als einen seiner obersten Grundsätze beachten: Nicht „allen das Gleiche“, sondern „jedem das Seine“. Den Amerikanern lassen wir den Kaugummi, den Schwarzen die Negertrommeln, den Arabern den Harem und den Juden das Zinssystem. Für uns aber beanspruchen wir den deutschen Wald, die deutsche Kunst und das deutsche Recht. Vor allem: das deutsche Blut und die deutsche Sprache. Dann fühlen wir uns frei!“

Nazitreff und Kaderschmiede verhindern

„Wir wissen noch nicht, was der neue Eigentümer vorhat“ berichtet der Bürgermeister von Rosenberg. Da das Gebäude mit hoher Wahrscheinlichkeit baulich verändert werden soll, werde es auch Kontakte zu seinem Besitzer geben. „Und da werde ich ihm unmissverständlich zu Verstehen geben, dass Leute mit seiner Gesinnung in unserer Gemeinde unerwünscht sind. Wir werden diese Sache ganz sicher nicht totschweigen“, fährt der Rosenberger Bürgermeister fort. Nur durch eine umfassende und ständige Öffentlichkeitsarbeit kann ein geplantes Nazizentrum verhindert werden. Nehmen wir den Bürgermeister beim Wort! Beobachten und handeln wir!

Landesweite Demo und Kundgebung am 9. April 2005 in Rosenberg/ Hohenberg „Nie wieder Volksgemeinschaft“
Auftakt in Rosenberg, Demonstration zum Nazitreff „Goldenes Kreuz“ Anschlusskundgebung

Unterstützende Organisationen (Stand 9. Februar): VVN-BdA KV Schwäbisch Hall / KV Leonberg – Sindelfingen – Böblingen ; Trägerverein Jugendzentrum Ellwangen e.V.; Friedensforum Ellwangen; Bündnis 90/Die Grünen, OV Ellwangen / KV Ostalb; Ver.di Ortsverein Ellwangen; Treffpunkt Nord-Süd (Weltladen Ellwangen) e.V.; Ver.di Bezirk Ostwürttemberg – Ulm; Club Alpha 60 Schwäbisch Hall sowie viele Einzelpersonen.

Mittenwald 2005:

Kriegsverbrecherehrungen? Endlich weg damit!

Pfingsten 2005: Eine Woche zuvor jährt sich der Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus zum 60. Mal. Etliche aber wurden damals nicht befreit, sondern besiegt und diese Niederlage steckt ihnen 60 Jahre später noch in den Knochen. Und so werden sich auch dieses Jahr zu Pfingsten über tausend ehemalige Wehrmachtssoldaten, gegenwärtige Bundeswehrsoldaten und ihre GesinnungsgenossInnen aufmachen zu einer Gedenkveranstaltung der ganz anderen Art: Nach Mittenwald, zum ‚Ehrenmal‘ der Gebirgsjäger am Hohen Brendten, wohin der Kameradenkreis der Gebirgsjäger seit 48 Jahren lädt, damit sie dort ‚ihrer‘ Toten aus zwei Weltkriegen gedenken. Wir finden: Sie müssen sich ihrer Täterschaft erinnern und der Opfer gedenken.

Darum sind die Gebirgsjäger seit 2002 bei ihrer widerlichen Veranstaltung nicht mehr ungestört: Vor drei Jahren enterte eine Gruppe AntifaschistInnen das traditionelle Schweinebratenessen von Gebirgsjägern im ‚Postkeller‘ in Mittenwald und forderte eine Gedenkminute für die Opfer der Verbrechen der Gebirgsjäger. Für diese sicherlich nicht unbillige Forderung wurden sie von Greisen mit Stühlen attackiert, aus dem Lokal geworfen und anschließend von der bayerischen Polizei für 24 Stunden in der Jugendherberge festgesetzt.

In den vergangenen beiden Jahren wurde öffentlich und breiter nach Mittenwald mobilisiert: Gegen den Skandal eines Tätergedenkens, an dem sich nicht nur die noch lebenden Täter sondern auch die Bundeswehr beteiligt, in dem unbeirrt an der Mär von Ehre und Tugend des deutschen Gebirgsjägers gestrickt wird, am generationenübergreifenden soldatischen Geist – und dies alles im Angesicht der Tatsache, dass diese Truppe während des zweiten Weltkriegs eigenhändig Massenmorde in über 50 Orten quer durch Europa verübte.

Kommeno, ein Dorf in Nordgriechenland, wo über 317 ZivilistInnen ermordet wurden und Kephalonia, eine Insel bei Korfu, auf der 5000 tausend entwaffnete italienische Soldaten hingerichtet wurden, sind von den Verbrechen der Gebirgsjäger nur die bekanntesten: Von Griechenland über den Balkan, nach Italien und Frankreich bis hinauf nach Finnland zieht sich eine breite Blutspur.

Die alljährliche Selbstvergewisserung der Gebirgsjäger an Pfingsten hat so immer auch den Charakter einer Selbsthilfegruppe für Kriegsverbrecher, ideell und ganz konkret: Hier werden Absprachen getroffen für den Fall, dass die Strafverfolgungsbehörden doch noch einmal mit einer Mordanklage an die Tür klopfen. Das alles ist widerlich, und wir wollen, dass das aufhört.

Darum gibt es seit zwei Jahren zu Pfingsten in Mittenwald nicht nur ‚gedenkende‘ Gebirgsjäger, sondern auch Veranstaltungen mit Überlebenden der Massaker der Gebirgstruppe, die so am Ort der Täter eine Stimme erhalten, es gibt Aktionen und Demonstrationen, die dazu geführt haben, dass das Gebirgsjägertreffen vom alljährlichen normalen Vorgang zum brisantesten Thema der örtlichen öffentlichen Debatten geworden ist. Aber das reicht uns nicht! Wir fordern: Weg damit! Es muss endlich Schluss sein mit dem Gebirgsjägertreffen in Mittenwald! Es muss Schluss sein mit Feierlichkeiten, bei denen Täter zu Opfern umgelogen werden! Erst dann kann die Frage eines Mittenwalder Bürgers, wie denn der antifaschistische „Sauhaufen“ am besten aus Mittenwald fern zu halten sei, eine Antwort finden.

„Ich würde ja was sagen, aber dann müsste ich hier wegziehen.“

Im idyllischen Mittenwald herrscht eine repressive Atmosphäre von Gewalt und Angst. Während der Demonstration am Pfingstsamstag 2004 musste sich der Theresienstadt-Überlebende Ernst Grube anhören, „man hat Euch zu vergasen vergessen“. Die Wirtin einer Gaststätte fand: „Euch müss-te man alle mit dem Schürhaken erschlagen“ und solche Hinrichtungsphantasien sind kein Einzelfall. Wo er aber nicht freiwillig besteht, da wird der Gemeinde-Gebirgsjäger-Konsens erzwungen. Der Wirt der Halle des Mittenwalder Sportvereins, in der 2003 das Hearing mit Überlebenden der Massaker stattfand, ist anschließend von seinen Mitbürgern unter so massiven Druck gesetzt worden, dass er die zentral gelegenen Örtlichkeiten 2004 nicht mehr an die ‚angreifbare Traditionspflege‘ vermieten wollte. Kein Buchladen fand sich bereit, das vom AK angreifbare Traditionspflege herausgegebene Buch ‚Mörder unterm Edelweiß‘ in ihr Sortiment aufzunehmen.

Ein Ziel unserer Aktionen ist es, den Schulterschluss von Militär und Gemeinde in Mittenwald zu brechen. Hier sehen wir taktisch auch ganz gute Chancen: Denn das ganze öffentliche Aufsehen, das das Treffen und die Gegenaktionen hervorgerufen haben, die ungenierten Äußerungen mancher Mittenwalder BürgerInnen vor laufender Kamera und die laufenden Ermittlungsverfahren wg. Kriegsverbrechen in Kommeno und Kephalonia haben bereits zu Stornierungen empörter TouristInnen geführt, die unter solchen Mörderbanden keinen Urlaub machen mögen. „Schadet das Pfingsttreffen dem Tourismus in Mittenwald?“ ist also eine der vielen Fragen, die wir Pfingsten gern öffentlich in Mittenwald erörtern wollen. *Vorläufiges Programm: Donnerstag 12. Mai:* Wiederentwaffnungs-Camp in Mittenwald, ab 19 Uhr. *Eröffnungsveranstaltung Freitag 13. Mai:* Aktionstag im Freistaat Bayern mit mindest. zwei AK zu Militarismus und zu den Todesmärschen
Samstag, 14. Mai 2005: 10 Uhr Zeitzeugenveranstaltung u.a. mit: Livio Piccioni. Resistenza Camerino (angefragt), Bruno Pettinari Macerata Historiker (angefragt), Lipej Kolenik, Partisanenname Stanko. Lipej Kolenik desertierte von der Wehrmacht und schloss sich den Kärntner Partisanen an. Anton Pecnik, Partisanenname Tine, desertierte von der Wehrmacht, nachdem er gesehen hatte, was die in Polen anrichtete. Er schloss sich den Kärntner PartisanInnen an und wurde schließlich Kommandeur. Vida Obid ist seit Jahrzehnten in verschiedenen Initiativen und Organisationen der Kärntner SlowenInnen politisch aktiv. Zusammen mit Andrej Leben und Mirko Messner verfasste sie das Buch: „Haiders Exerzierfeld“, das die historischen Gründe für den in Kärnten so virulenten Deutschnationalismus und Rechtsextremismus nachzeichnet. Von verschiedenen Plätzen aus werden um 15 Uhr Sternmärsche beginnen, sie treffen sich vor der katholischen Kirche, wo um 16.30 Uhr die zentrale Abschluss-Demonstration beginnt. Die Demonstration steht unter dem Motto: „Kriegsverbrecher ergreifen – NS-Opfer entschädigen“. Erwartet werden 500 TeilnehmerInnen aus dem In- und Ausland, darunter Zeitzeugen aus Slowenien, Italien, Österreich und Frankreich.

Infos bei: www.nadir.org/mittenwald sowie bei den VVN-BdA Landesvereinigungen Bayern und NRW, www.nrw.vvn-bda.de Tel. 0202 45 06 29 Fax 0202 25 49 836, Anschrift: Gathe 55, 42107 Wuppertal ■

Gollnisch für 5 Jahre von Universität ausgeschlossen

Wahrscheinlicher Nachfolger Le Pens für Holocaust-Leugnung sanktioniert

Am Freitag, 4. März fiel die Entscheidung: Der Disziplinarausschuss der Universität Lyon III hat beschlossen, den rechtsextremen Hochschullehrer Bruno Gollnisch (gleichzeitig „Nummer Zwei“ in der Parteihierarchie des Front National) für 5 Jahre vom Dienst zu suspendieren. Das ist die Sanktion für die faktische Auschwitzleugnung in Gestalt der Äußerungen Gollnischs auf einer Pressekonferenz, die er am 11. Oktober 2004 am örtlichen Parteisitz des Front National in Lyon abhielt. Damals hatte Gollnisch u.a. erklärt, über die Frage der Existenz von Gaskammern in den NS-Konzentrationslagern sowie die Zahl der tatsächlich in den KZs zu Tode Gekommenen müssten „Historiker“ nunmehr endlich „frei debattieren“ können.

Gollnisch auf dem Weg zur Anhörung vor dem Disziplinarausschuss

Bruno Gollnisch unterrichtete bisher japanisches und internationales Recht an der Universität Lyon III. Der ausgebildete Jurist hat einen Teil seiner Studienzeit in Japan verbracht und ist mit einer Japanerin verheiratet. Lange Jahre war er Dekan an der japanalogischen Fakultät der Hochschule.

Der Disziplinarausschuss trat am 1. März zusammen und tagte neun Stunden lang hinter verschlossenen Türen. Dabei wurde der rechtsextreme Professor Bruno Gollnisch, der sich von einem Anwalt begleiten ließ, durch sechs seiner Hochschulkollegen angehört. Bei seiner Ankunft hielt Gollnisch einen (pseudo-)triumphalen Einzug vor 400 Anhängern, die eigens aus diesem Anlass zusammengetrommelt worden waren. Anhänger der rechtsextremen Partei waren eigens aus Strasbourg angereist; die Tageszeitung „Libération“ berichtet dazu: „(Sie) haben den Nachtzug genommen, um ‚ihren‘ Europaparlamentarier zu verteidigen. ‚Als wir die Nachricht aus Saint-Cloud (in diesem Pariser Vorort liegt der Parteisitz) erhielten, haben wir gar nicht erst diskutiert‘, erzählt einer von ihnen. Er weiß nicht genau, warum Gollnisch vor den Ausschuss vorgeladen ist.“ (Ausgabe vom 2. März)

Die Parteianhänger skandierten nach verschiedenen Berichten etwa: „Lasst Gollnisch frei“ und „Rührt meinen Prof nicht an!“ Der Großteil unter ihnen dürften allerdings keineswegs Studenten gewesen sein, was schon vom Alter her ausgeschlossen schien. Unter den Versammelten befanden sich auch – in ihre Professorenrobe geworfen – Jean Haudry und Pierre Vial. Haudry hatte dereinst das „Institut für indoeuropäische Studien“ IEIE an der Hochschule Lyon III gegründet, das 1998 unter massivem Druck geschlossen wurde und wo davor wissenschaftlich verbrämte „Rassenkunde“ – es handelte sich faktisch um „Arier-Studien“ – betrieben wurde. Der Historiker Pierre Vial unterrichtete seinerseits jahrelang am IEIE; er war früher auch beim Front National aktiv, hatte diese allerdings mit der Abspaltung unter Bruno Mégret 1999 verlassen.

Gollnisch hatte ebenfalls seine professorale Robe übergeworfen und präsentierte sich selbst als „Akademiker, dessen Robe ohne Flecken ist“. De facto führte er sich allerdings bei seinem Auftritt vor dem Universitätsgebäude weitaus eher als Partei-, ja Bandenführer denn als Wissenschaftler auf. „Ich werde meinen Kollegen erhobenen Hauptes und mit sauberen Händen entgegen gehen“, rief Gollnisch aus und griff damit eine alte populistische Parole des FN aus den 90er Jahren auf („Tête haute et mains propres“) auf, mit dem die Partei sich damals als angeblich einzige, nicht-korrupte politische Kraft aufzuspielen suchte. Gollnisch wetterte gegen „jene, die die Erinnerung instrumentalisieren, um daraus politischen und finanziellen Profit zu ziehen, um den Franzosen Schuldgefühle zu geben und ihre Gegner zu unterdrücken“. Ferner leistete er sich eine Abweichung vom Hauptthema der Rede, um gegen das im Dezember 04 verabschiedete Gesetz zur Strafverschärfung für

Straftaten mit homophobem (Hass-)Hintergrund zu trompeten und dagegen „die natürliche Familie“ hochzuhalten. – Vor dem Ausschuss scheinen ihm seine Sprüche freilich nicht viel geholfen zu haben.

Im Hintergrund: Innerparteilicher Wettstreit um Hardliner-Profil

Als Hintergrund der doch ziemlich ungeschminkten und weit gehenden Auslassungen des FN-Politikers, für die er jetzt sanktioniert wurde, wird der Wunsch Gollnischs vermutet, durch „Härtebeweis“ im derzeitigen innerparteilichen Machtkampf zu bestehen und die gegen Parteichef Jean-Marie Le Pen aufgebrachten Altkader und Hardliner auf seine Seite zu ziehen. Diese werfen dem FN-Gründer und seit über 32 Jahre amtierenden Parteichef vor, statt einer politisch-ideologisch determinierten eine vorwiegend familiär ausgerichtete Nachfolge anzustreben. Das bedeutet, dass ihm vorgeworfen wird, seine jüngste Tochter Marine Le Pen zu seiner Nachfolgerin aufzubauen – die durch die Hardliner und Altfunktionäre der Partei verdächtigt wird, zu „modernistische“ und kompromisslerische Positionen zu vertreten und zu sehr auf die bürgerliche Medienöffentlichkeit zu schielen. Infolge der jüngsten Skandale, die durch die Äußerungen Gollnischs vom Oktober 04, aber auch ihres eigenen Vaters im Januar 05 (Jean-Marie Le Pen hatte die nazideutsche Besatzungsära in Frankreich als „nicht besonders inhuman“ qualifiziert) ausgelöst wurden, ist Marine Le Pen aber von all ihren Parteiämtern zurückgetreten. Sie zog sich auch vorläufig aus der aktiven Politik zurück und will erst im September wieder an die Öffentlichkeit treten, wenn sie voraussichtlich ein Buch zur Zukunft und zur Strategie der „nationalen Rechten“ veröffentlichen wird.

Mutmaßlicher Nachfolger Le Pens an der Spitze

Für Bruno Gollnisch scheint momentan der Weg für die Nachfolge des langjährigen Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen an die Parteispitze so gut wie frei zu sein.

Protest der Gollnisch-Anhänger

Das bestätigte im Übrigen auch Le Pen selbst anlässlich der Sitzung des Bureau politique, des zweithöchsten Führungsgremiums der Partei, am 28. Februar. An jenem Montag erklärte er, falls er morgen unfähig würde, sein Amt weiterhin auszuüben, dann werde er Bruno Gollnisch „zu meinem Nachfolger empfehlen“. Ähnlich hatte Le Pen sich zwar verbal auch in der Vergangenheit (2003) geäußert. Doch damals hatte er parallel dazu Fakten zugunsten seiner Tochter als Nachfolgerin an der Parteispitze geschaffen, beispielsweise ein (bisher nicht bestehendes) Vizepräsidenten-Amt extra für sie eingeführt und mit Marine Le Pen besetzt. Dieses Mal legte Le Pen senior sich aber allem Anschein nach wirklich fest. Am 28. Februar erklärte er außerdem: „Es war nie die Rede davon, dass meine Tochter mir nachfolgen sollte!“ (In Wirklichkeit hatte er selbst diese Hypothese vor zwei bis drei Jahren in Zeitungsinterviews explizit entwickelt.) Von Journalisten darauf angesprochen, dass Marine Le Pen nicht zur Parteisitzung erschienen war und auch andere Parteisitzungen schwänzte, und danach befragt, ob er sie nicht mehr sehe, ließ Le Pen den Kommentar ab: „Das ist nicht schlimm, ich sehe (auch) viele andere Leute nicht mehr.“

Damit scheint der innerparteiliche Machtkampf weitgehend entschieden zu sein, zugunsten des ebenso hardlinerhaft profilierten wie – von seiner persönlichen Aura her – langweilig-technokratisch wirkenden Bruno Gollnisch. Ob dies das letzte Wort der Geschichte ist, und ob dies den Rechtsextremen irgendeinen Nutzen bringen wird, bleibt abzuwarten. *Bernhard Schmid, Paris* ■

Tag der Befreiung:
Pro Köln will deutschen Opfermythos im Rat beschließen lassen

KÖLN. Etwas Besonderes hat sich die Pro Köln-Fraktion um den seit Jahrzehnten in neofaschistischen Gruppierungen aktiven Manfred Rouhs zum 8. Mai, dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, der auch in Köln mit einer Vielzahl von Veranstaltungen begangen wird, einfallen lassen. Sie stellte im Stadtrat den Antrag, „den 60. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht“ zu würdigen und führte dazu erläuternd aus: „Der 8. Mai steht neben der Befreiung vom totalitaristischen Naziregime auch für den Schrecken und das Leid der Bevölkerung, den die Rote Armee von Ostpreußen bis nach Berlin zu verantworten hat. Im Rahmen der Veranstaltung gedenkt die Stadt der Verfolgten und Ermordeten des Naziregimes, der Kriegsopfer, Flüchtlinge, Vertriebenen, geschändeten Frauen und der Opfer des sinnlosen Bombenkrieges“.

Auf den ersten Blick scheint dieser Antrag nichts anderes zu enthalten als das, was Beobachter(innen) der rechten Szene seit langem kennen: Ein wenig Totalitarismusdoktrin und Geschichtsrevisionismus sowie jede Menge deutscher Opfermythen. Interessant wird das Machwerk zum einen deshalb, weil es fast wörtlich mit einem Antrag identisch ist, den die Berliner Bezirksverordnetenversammlung Steglitz/Wilmersdorf mit der Mehrheit von CDU und FDP beschlossen hat und auf dem diese rechte Mehrheit trotz aller Proteste der Öffentlichkeit beharrt. Es ist deshalb nicht ungeschickt, die Kölner Parteifreunde der Christdemokraten und Liberalen mit einem nahezu identischen Antrag unter politischen Druck zu setzen. Man darf auf den (hoffentlich ausbleibenden) Erfolg des Tricks gespannt sein.

Aber die Demagogie der Neofaschisten ist auch deshalb gefährlich, weil sie an Haltungen anknüpft, die teilweise selbst innerhalb der SPD und der Grünen konsensfähig sind. Die These vom totalitaristischen Naziregime und, auch wenn es nicht besonders genannt wird, vom ebenso totalitaristischen System der DDR, vertreten ebenso die von der CDU gestellte sächsische Staatsregierung oder der ehemalige Pastor und Berufsdissident Gauck oder sein Kollege Eppelmann. Frau Vera Lengsfeld, ebenfalls eine frühere Dissidentin und heute CDU-Bundestagsabgeordnete, fand das System der DDR sogar schlimmer als den deutschen Faschismus. Frau Steinbach, oberste Vertriebene Deutschlands und ebenfalls Bundestagsabgeordnete der CDU und einige ihrer Parteifreunde werden sich mit der Aussage des Antrags zur Roten Armee ebenfalls anfreunden können.

Eine wohltuende Ausnahme bildet da der ehemalige Bundespräsident von Weizsäcker, der mit seiner Rede zum 8. Mai 1985 Maßstäbe gesetzt hat, hinter die auch die CDU, der Herr Weizsäcker angehört, nicht zurückfallen sollte. Auf Basis dieser zwanzig Jahre alten, aber immer noch gültigen Aussage, könnte der Kölner Rat des 8. Mai gedenken. Ein solcher Beschluss würde ihm auch in den Partnerstädten (zu denen u.a. Wolgograd, Rotterdam und Tel Aviv gehören) Ehre machen. Wir dürfen neugierig sein, ob sich die Mehrheit zu einer solchen Entscheidung durchringen kann. *tri* ■

Ex und hopp – wie sich bayerische Behörden heikle Fälle vom Hals schaffen

MÜNCHEN. Am 15.2. wurde auf Veranlassung des Ausländeramts Regensburg Adil Mohamed Ali Salah, ein jugendlicher Flüchtling aus Somalia, in den Jemen abgeschoben. Ein erster Abschiebeversuch war storniert worden, nachdem der Jugendliche sich in der JVA Regensburg aus Verzweiflung selbst verletzt hatte. Mehrere Tage wurde Adil Ali Salah daraufhin in einer separaten Zelle ruhiggestellt, Freunden, einer Mitarbeiterin von Amnesty International und selbst der Rechtsanwältin wurde der Kontakt verweigert. Der zweite Abschiebeversuch wurde am Dienstag trotz anhängiger Petition und erneuten Selbstverletzungen des Jugendlichen sowie sachlicher Zweifel an der Legitimität der Abschiebung vollzogen. Gotthold Streitberger, ein Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats und Mitglied der BI Asyl Regensburg, die sich in den letzten Wochen energisch für einen Aufschub der Abschiebung eingesetzt hatte, wertet diesen Schnellvollzug als Skandal: „Das bayerische Innenministerium hat, obwohl ihm berechtigte Einwände bekannt waren, das Problem durch Abschiebung „entsorgt“. Obwohl Adil Ali Salah unstrittig aus Somalia stammt, ergriffen die Behörden die Gelegenheit, ihn in den Jemen abzuschieben. Das wäre ihnen, hätten sie die Staatsangehörigkeit seriös überprüft, nicht möglich gewesen.

Die Ausländerbehörde stand unter Zeitdruck. Eine Einreiserlaubnis, ausgestellt von der Jemenitischen Botschaft, wäre am 16. Feb. 2005 abgelaufen. Ein erneutes Laissez-Passer wäre schwierig, wenn überhaupt, zu besorgen gewesen. Adil Ali Salah hatte gegenüber den Behörden wahrheitsgemäß angegeben, den jemenitischen Pass gekauft zu haben. Auch gingen die Behörden immer davon aus, dass Adil Ali Salah aus Somalia stammte. Der Unterschied: in den Jemen konnte er abgeschoben werden, nach Somalia nicht. In der Petition, die sich mit der Abschiebung nun auch erledigt hat, wurden alle Einwände noch einmal zu Papier gebracht. Doch auch die geäußerten Bedenken des stellvertretenden Vorsitzenden des Petitionsausschusses, MdL Werner (SPD) und der Abgeordneten Scharfenberg (Grüne), und die Bitte, die Abschiebung vorerst auszusetzen, beeindruckten das inzwischen mit dem Fall befasste Innenministerium nicht.

Bevor sich das Innenministerium auf langwierige Überprüfungen einließ, ließ es abschieben. Dies unterstreicht wiederum die bayerische Praxis, im Zweifel erst mal abzuschieben und dabei auch fünfe gerade sein zu lassen. Wenn ein Flüchtling erst mal weg ist, so die Erfahrung, wer soll sich dann beschweren. Das weitere Schicksal des Jugendlichen, der auf sich gestellt nun im Jemen überleben muss, und die Gefühle seiner Freunde, die sich aufopfernd für seinen Aufenthalt in Deutschland eingesetzt hatten, müssen zurückstehen hinter dem Interesse des Innenministeriums an der Steigerung der Abschiebequoten.

gez. Stephan Dünnwald, Bayerischer Flüchtlingsrat
www.bayerischer-fluechtlingsrat.de ■

„Eines Tages wird die Zeit uns Recht geben“

UNIA ist ab dem 1. Januar 2005 die Gewerkschaft für alle in der Schweiz. SMUV (Metall), GBI (Bau) und VHTL (Transport, Lebensmittel...) haben sich zur größten Gewerkschaft zusammengeschlossen. Im Rahmen der Aktivitäten der Arbeitsgruppe Arbeit und Migration wurde Franco Basciani, ein Vertreter von UNIA, zu einer Veranstaltung zum Thema Sans-Papiers ins Freiburger Gewerkschaftshaus geladen. Im Folgenden der Beitrag von Franco Basciani von der UNIA in gekürzer Fassung:

Menschen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung (OGAB) markieren eine dauernde Präsenz in unseren immer mehr globalisierten Gesellschaften. Dieser Trend wird weiterhin bleiben. In der Schweiz schätzt man die Zahl dieser sogenannten Sans-papiers auf 100.000 bis 300.000. Die genaue Zahl kennt niemand, doch das ist auch die unwichtigste Frage. Wichtig sind nicht die Hochrechnungen, sondern wir müssen die Tatsache anerkennen, dass es sich hier um Arbeitsmigration handelt, also um eine nicht zu bremsende Tendenz. Somit muss die UNO-Konvention über die Rechte der Wanderarbeiter und ihrer Familie angewendet werden.

Wichtig ist die soziale Frage. Menschen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung (oder geregelten Aufenthaltsstatus) sind Kinder, die in die Schule gehen dürfen, aber riskieren denunziert zu werden. Oder es sind Jugendliche, die es sehr schwer haben, eine Lehrstelle zu finden und einen Beruf zu erlernen. Es sind auch Frauen, die in privaten Haushalten arbeiten: putzen, kochen, ältere Leute und Kinder betreuen. Und es sind Männer, die oft auf dem Bau oder in der Landwirtschaft anzutreffen sind. Sie alle arbeiten für uns und mit uns.

Geschätzte gut 80% von ihnen sind in einen Arbeitsprozess integriert. Das bedeutet, dass ohne sie unser Familien- und Gesellschaftssystem nicht funktionieren würde. Ohne sie geht nichts. Das ist, zusammen mit der Respektierung der Grundrechte, der wichtigste Grund, der für eine kollektive Regularisierung spricht. Auch aus steuertechnischen Gründen ist dies sinnvoll – ebenso aus sozialversicherungstechnischen Überlegungen.

Für die repressive schweizerische fremdenpolizeiliche Maschinerie handelt es sich bei den Sans-papiers um eine Form der illegalen Migration, der mit Rückweisungen und Zwangsmaßnahmen begegnet werden muss. Der Ausschaffung folgte die Einreisesperre.

Die Gewerkschaft Unia kämpft gemeinsam mit Personen ohne einen geregelten Aufenthaltsstatus für die Regularisierung, unabhängig davon ob vorher ‚illegal‘ Eingereiste, Asylsuchende, Ex-Saisonniers oder Personen, die aus anderen Gründen (Scheidung, Studium, Wiedereinreise) keine Bewilligung mehr erhalten haben. Diese Personen fordern ihre elementaren Rechte ein und erinnern uns daran, dass es ein unverzichtbares Menschenrecht ist, sich nach freier Wahl niederzulassen und zu arbeiten.

In Anbetracht der Situation, dass die Arbeitgeber sich weigern, Lösungen zu finden, sondern diese Lage maximal ausnützen, fordern wir nebst der Regularisierung der Sans-papiers, die Anwendung weiterer Schutzmaßnahmen, besonders auf dem Arbeitsmarkt. Keine Nachfrage soll mit ‚Papierlosen‘ angegangen werden. Oft nehmen OGAB eine Arbeit für kurze Zeit, stundenweise an, werden insgesamt aber für längere Zeiten ausgebeutet. Sie sind schlecht bezahlt und sozial nicht abgesichert. Sie sind oft schlecht qualifiziert und für ihre prekären Arbeitsbedingungen erhalten sie oft nur einen Hungerlohn. Diese Niedriglohnbezüger/-innen verdienen durchschnittlich 8 CHF pro Stunde bzw. 1300 bis 1500 Franken im Monat. In der Schweiz sind sie vor allem in privaten Haushalten, in Gastgewerbe, Bau. Landwirtschaft, Reinigungswesen tätig. Wegen der starken Abhängigkeit vom Arbeitgeber, der die Situation ausnützt, haben die OGAB keinerlei Schutz, kein Geld, keine Hilfe. Lösungsansätze und Forderungen als Einstieg in die Diskussion sind:

- Die Grundrechte müssen den fremdenpolizeilichen Maßnahmen (Ausländergesetz) übergeordnet sein.
- Ein offenes „Ausländergesetz“, das die Entstehung von „Sans-papiers“ verunmöglichen soll, hingegen Möglichkeiten gibt, diese Personen zu regularisieren.
- Ein „Ausländergesetz“, das die UNO-Konvention über die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte respektiert und einhält.

Die letzte Regularisierungsaktion in der Schweiz fand im Rahmen der humanitären Aktion im Jahr 2000 statt: 15.000 Eingewanderte aus Sri Lanka und Südeu- →

Am 2. März fand in Berlin die „Jahrestagung Illegalität" statt, durchgeführt von dem katholischen Forum „Leben in der Illegalität". Zusammen mit dem Rat für Migration wurde auf der Konferenz ein Manifest vorgestellt, das bereits von mehr als 370 Prominenten unterzeichnet worden ist. Mit dem Manifest will die Initiative die medizinische Grundversorgung illegaler Migranten und den Schutz vor Ausbeutung thematisieren und vor allem auch die Probleme der mitbetroffenen Kinder öffentlich machen. Mit einem offenen Diskurs wollen die Initiatoren erreichen, dass illegale Migration nicht automatisch mit Kriminalität gleichgesetzt wird. Es müssten differenzierte Lösungen gesucht werden, die den Lebensumständen der Einwanderer gerecht werden, so Jörg Alt, Geschäftsführer des Forums in seiner Eröffnungsansprache. Wir dokumentieren das Manifest.

Illegale Zuwanderung – für eine differenzierte und lösungsorientierte Diskussion

Am 1. Januar 2005 ist in der Bundesrepublik Deutschland das neue Zuwanderungsgesetz in Kraft getreten. Damit wird nach jahrelanger Diskussion die reguläre Zuwanderung in unser Land neu geregelt. Die irreguläre Migration, von der Deutschland wie die ganze Europäische Union betroffen ist, bleibt hingegen ein offenes Problem.

Wir sind davon überzeugt, dass Deutschland wie Europa insgesamt auch in absehbarer Zeit ein Ziel irregulärer Zuwanderung sein wird, so dass eine Vielzahl ‚illegaler Aufenthaltsverhältnisse' auch in Zukunft ein Faktum ist, das differenzierte politische Antworten erfordert. Gegenüber dem Phänomen ‚illegale Zuwanderung' besteht insofern politische Einigkeit, als man den Ursachen für Migration mit entwicklungspolitischen Instrumenten begegnen und die international organisierte Kriminalität im Bereich von Menschenhandel – insbesondere zu nennen ist hier der Frauenhandel – mit Nachdruck bekämpfen will. Diese Optionen richten sich aber nur auf bestimmte Ausschnitte des gesamten Phänomens ‚illegale Zuwanderung', das in Deutschland nach Schätzungen eine halbe bis eine ganze Million Menschen betrifft.

Der irreguläre Aufenthalt einer so großen Anzahl von Menschen wirft gravierende Probleme auch für das Selbstverständnis unseres Staates auf, denn so werden rechtlich geordnete Verpflichtungen und Ansprüche zwischen den Bürgern unterlaufen und das Vertrauen der Bürger in die Fähigkeit des Staates, die rechtsstaatliche Ordnung zu garantieren, beschädigt. Dazu kommt die humanitäre Situation der Migranten und Migrantinnen selbst, die häufig ihre Rechte nicht wahrnehmen können und z.B. ohne elementare Gesundheitsversorgung leben.

Die bisherigen Erkenntnisse im Umgang mit irregulärer Zuwanderung zeigen, dass ausschließlich ordnungsrechtliche, insbesondere aufenthaltsrechtliche und polizeiliche Maßnahmen in ihrer jetzt vorliegenden Form alleine nicht genügen, um die existierenden Probleme ausreichend zu regeln, zumal die inländischen Nutznießer irregulärer Aufenthaltsverhältnisse, beispielsweise im Bereich der Schattenwirtschaft sowie Schleuserorganisationen, davon nur in geringem Umfang getroffen werden.

Aus diesem Grund muss jeder Versuch, irreguläre Zuwanderung im Rahmen der rechtsstaatlich vertretbaren Möglichkeiten zu begrenzen, sich auch mit ergänzenden und alternativen Maßnahmen auseinandersetzen. Hierbei erscheint auch eine Aufnahme und kritische Würdigung der Erfahrungen anderer Länder wichtig. Dabei sind etwa zu berücksichtigen: praktische Fragen im Zusammenhang mit humanitären Anforderungen wie etwa der medizinischen Grundversorgung, dem Schutz vor Ausbeutung und Schuldknechtschaft oder der Berücksichtigung mitbetroffener Kinder ebenso wie grundsätzlichere Überlegungen zu den Wechselwirkungen zwischen regulärer und irregulärer Zuwanderung und den damit verbundenen asyl- und ausländerrechtlichen sowie zuwanderungspolitischen Gestaltungsoptionen.

Aus diesen Gründen wollen wir einen öffentlichen Diskurs in Deutschland anregen, der der Lage in Deutschland und den betroffenen Personen mit ihren unterschiedlichen Motiven, Zwängen und Lebenslagen gerecht wird und differenzierte Lösungen anstrebt. Die Unterzeichnenden erachten den Zeitpunkt als gekommen, sich auch in Deutschland öffentlich und gesamtgesellschaftlich vermehrt mit dem Thema der irregulären Zuwanderung und dem irregulären Aufenthalt zu beschäftigen, um angemessenere Umgangsformen mit den hier vorliegenden Problemen zu finden.

---

ropa sind damals aufgenommen worden. Nach einem gesamtschweizerischen runden Tisch im Dezember 2002 und im Rahmen der Härtefallregelung sind bis heute 1.785 OGAB in der ganzen Schweiz regularisiert worden. (....)

Große Unterschiede gibt es nach Region. Maßgebend in der Schweiz ist der Kanton: So akzeptieren BE, BL, BS anonymisierte Gesuche; VD kämpft für die Regularisierung einer Gruppe von 523 Personen; FR kämpft für die Regularisierung einer Gruppe von 250 Personen.

Genf verlangt vom Bundesrat (Regierung) für 5.000 Menschen, die in privaten Haushalten tätig sind, eine einmalige Regularisierung und einen Lohn von 3.400 Schweizerfranken; 9 Kantone haben keinen einzigen Fall gemeldet! Auf Bundesebene ist eine Gruppe Sans-papiers gegründet worden, um die gegenwärtig blockierte Situation zu entschärfen. Diese Gruppe nimmt (auch anonymisierte) Dossiers von Betroffenen entgegen und prüft sie aufgrund des Härtefall-Rundschreibens. Die Rolle der Arbeitsgruppe beschränkt sich auf eine vermittelnde. Es bestehen weder die Möglichkeit von Entscheiden noch von Rekursen.

Obwohl diese Gruppe ein prüfendes Expertengremium darstellt, gibt es darin auch einen Vertreter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Unsere Erfahrungen sollen dort zum Ausdruck kommen, sonst riskieren wir Ratlosigkeit und Handlungsunfähigkeit. Wir sind der Meinung, dass wenige Kriterien gekoppelt an faire Arbeits- und Lohnbedingungen sowie die Aufnahme ins Sozialversicherungssystem für eine Regularisierung reichen sollen. ■

Arbeiten ohne Papiere! Kämpfen für Rechte! Seminar am Samstag den 19.3.2005, DGB-Haus in Freiburg, Hebelstr. 10

Die Arbeitsgruppe Arbeit und Migration (Personen von rasthaus, kanak attak und saga) veranstalten mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund Südbaden-Hochrhein, mit der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG-BAU) und mit der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) ein Seminar zu dem Schwerpunktthema Sans-Papiers. Prekäre Arbeit" heißt, dass die Arbeitsverhältnisse flexibel und ungesichert sind – das bezieht sich auf das Einkommen, die Sicherheit des Arbeitsplatzes und die Gestaltung der Arbeitszeit. Unter diesen Bedingungen arbeiten überproportional viele MigrantInnen, unter ihnen ein bis zwei Millionen in Deutschland lebende illegalisierte Menschen. Ganze Wirtschaftszweige werden von der entrechteten und ausgebeuteten Arbeitskraft der Sans-Papiers getragen.

Anmeldung unter: DGB-Region Südbaden-Hoch-rhein, Hebelstr. 10 79104 Freiburg, Fax: 0761-3884724, Mail: freiburg@dgb.de. Weitere Infos: www.suedbaden-hochrhein.dgb-bw.de oder Netzwerk-Dreyeckland@gmx.net, Rasthaus, Adlerstr.12, 79098 Freiburg. www.rasthaus-freiburg.org ■

„Diebstahl im Blick"

Ein ehemaliger Fahnder des Bundesgrenzschutzes in Bremen hat sich von den bundesweit über 100.000 angezeigten Taschendiebstähle anregen lassen, eine homepage zu diesem Thema ins Netz zu stellen:www.taschendiebstahl.com. In seiner Presseschau kann man sich ansehen, wer wo mit diesem Delikt Schlagzeilen macht. Da liest man von zwei Frauen (35 und 38 Jahre) aus Südamerika, die wie drei Osteuropäer (26, 25, 31 Jahre Jahre) in Berlin festgenommen worden sind, von einem 18jährigen Marokkaner und einem gleichaltrigen Deutschen, die in Hamburg auffielen, von einem 25jährigen Albaner, zwei Österreichern, einem Rumänen und einem gleichfalls erwachsenen Bulgaren, die man alle in München geschnappt hat.

Unter der Rubrik Statistiken werden bei „taschendiebstahl.com" die Fallzahlen der letzten Jahre bei diesem Delikt in den Großstädten vorgestellt. Die Zahl der Delikte pro 100.000 Einwohner beginnt 2003 bei Schwerin mit ganzen 17 angezeigten Taschendiebstählen und endet bei Köln mit 1.266. Um deutlich zu machen, woher der Name „Hauptstadt der Taschendiebe" kommt, seien nur drei Zahlen genannt: Berlin mit 529, Aachen mit 544 und Düsseldorf mit 690.

Merkwürdig aber, dass sich die Vielfalt der tatverdächtigen Taschendiebinnen und Taschendiebe, die in der bundesweiten Presseschau enthalten sind und Erwachsene aus der ganzen Welt präsentiert, ausgerechnet in der internationalen Messestadt, im Touristenzentrum Köln nicht wiederfindet. Das mediale Bild, das durch die regelmäßigen Polizeiberichte entsteht, wird hier in Köln quasi monokulturell von Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien bestimmt. Auch was das Alter angeht, steht hier die Welt gleichfalls auf dem Kopf – die Täter scheinen eher Kinder und Jugendliche zu sein, die eigens dafür geschaffene Bezeichnung „Klau-Kids" schreibt das fest. Warum ist das so? Machen internationale erwachsene Täterinnen und Täter um Köln einen Bogen? Sind sie eingeschüchtert vom Ruf der Kölner Ermittlungsgruppe Taschendiebstahl? Oder ist „Tasna", so der Name dieser Ermittlungsgruppe, ein Such-Programm für Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien? „Tasna" bedeutet auf serbokroatisch Tasche.

Diese Frage drängt sich auf, wenn man sich die Ermittlungsergebnisse beim Taschendiebstahl ansieht. Die liegen bundesweit im Schnitt bei 4 %, aber in Köln – dank „Tasna" – bei 8%.

Und unter diesen 8% sind Roma – Kinder, Jugendliche und Erwachsene – extrem überpräsentiert. Ob das daher kommt, weil in Köln die sogenannten „unerlaubt eingereisten Flüchtlinge" der Stadt „auf der Tasche liegen" und man sie gerne loswerden möchte und das umso einfacher geht, je kriminalisierter diese Minderheit ist? Auch das ist zugegebenermaßen spekulativ. Eine fundierte Studie zu der ganzen Problematik liegt nicht vor. Angesichts der Dauer, mit der man sich in Köln damit beschäftigt, muss man das merkwürdig nennen. Aber es ist kein Kölner Phänomen – qualitative Studien über die Lebenswirklichkeit von Flüchtlingen im allgemeinen gibt es in ganz Deutschland nur wenige, Studien über die in die Bundesrepublik geflüchteten Roma im Besonderen kann man an den Fingern einer Hand abzählen.

Erst jetzt liegt eine erste Studie „Zur Kriminalisierung der ‚Zigeuner'" vor: "Diebstahl im Blick"? Herausgegeben von Udo-Engbring-Romang und Wilhelm Solms, im Auftrage der Gesellschaft für Antiziganismusforschung. Die acht außerordentlich informativen Beiträge in diesem Band gehen auf eine Tagung zurück, die sich im April 2001 an der Universität Marburg mit antiziganistischen „Zigeunerbildern" befasste.

Für alle, die sich schon ein paar Gedanken über die Geschichte der „Zigeuner" in Deutschland gemacht haben, wird es nicht überraschend sein, dass ihre Geschichte eine Geschichte der Kriminalisierung, der Verfolgung und Ermordung ist. Schon der Titel des Buches – ein Zitat von Gerhart Hauptmann – verweist auf das verbreitete Vorurteil gegenüber dieser Minderheit: „Zigeunern" kann man den Diebstahl schon in den Augen, im Blick ansehen. Dabei handelt es sich durchaus um eine repräsentative Aussage, wie im letzten Beitrag „Zur Literarischen Tradition des ‚Kinderraubs'" von Wilhelm Solms bilanziert wird. „Der schwerwiegende Verdacht, „Zigeuner" würden kleine Kinder stehlen, verdankt sich demnach dem Nachahmungs- und Variationstrieb von Dichtern. Und dies sind in erster Linie nicht die Verfasser von Jugendliteratur oder Unterhaltungsliteratur, sondern Autoren, die im deutschen Musentempel in der ersten Reihe sitzen."

Aber in dieser besonderen Verantwortung der deutschen Dichterfürsten für die Weiterverbreitung der Mär von den Kinder stehlenden „Zigeunern" zeigt sich nur die gesellschaftliche Tendenz und die oft genug darin zum Ausdruck kommende Verkehrung der tatsächlichen Entwicklung: „Die Tatsachen zeigen sich bei genauerer Betrachtung anders: der Staat selbst plante und organisierte den Kinderdiebstahl an den Zigeunern, alle hatten das Recht, den sogenannten Vagabunden ihre Kinder zu nehmen, sie zwangsweise zu adoptieren, um sie zu „erziehen", zu „guten christlichen Leuten" zu machen mit einem doppelten Nutzen: ein „schönes" Kind und eine billige Arbeitskraft. Oder die „Zigeuner-Kinder" wurden in Armenhäuser, Erziehungsanstalten, Psychiatrien untergebracht." (S.11)

Interessant sind auch die regional- und lokalgeschichtlichen Studien in dem Band, die beweisen, dass es in der Jahrhunderte alten Geschichte der „Zigeuner" in Deutschland auch Ansätze zu einer Integration beziehungsweise der Assimilierung gab.

Es wird eine Weile dauern, bis in der Bundesrepublik diese Ergebnisse der neueren sozialgeschichtlichen Forschung ins öffentliche Bewusstsein Eingang gefunden haben werden. „Zigeuner" waren in deutschen Landen Soldaten, Teil städtischer Ordnungskräfte und Gefängniswärter. „Der kriegsbedingt hohe Bedarf an Soldaten wurde üblicherweise auch mit „Zigeunern" gedeckt. Die Tätigkeit als Soldat unter den Bedingungen der privatwirtschaftlich organisierten Söldnerheere mit Tross bedeutete einen in etwa gesicherten Unterhalt, Gemeinsamkeit des Lebens in der familiären Gruppe innerhalb der „Lagergesellschaft" und einen geschützten Status für alle, die dazugehörten." (S.65)

In solchen Zeiten kam es durchaus nicht selten auch zur Übernahme von Patenschaften:

„Patenschaften bedeuteten individuelle Schutzverpflichtungen. Kirchenbücher belegen, dass bei Taufen von „Zigeunern" immer wieder eine große Zahl von Paten aus den lokalen oder regionalen Oberschichten bereit war, auf diese Methode der Risikoabsicherungen einzugehen und diese Verpflichtung zu übernehmen." (S.90)

Es gab auch absolut positive Berichte von Regierungsbeamten über Sinti-Familien: „Diese Quelle ist insofern bemerkenswert, als Sinti einmal nicht als gefährliche „Fremde" beschrieben, die stehlenderweise die Landbevölkerung als „Plage" heimsuchten, sondern selbst von Verwaltungsbeamten als ehrliche und vertrauenswürdige

Menschen in Schutz genommen wurden. Bisher wurden in der Tziganologie fast ausschließlich Quellen veröffentlicht, die die herrschenden Vorurteile unterstützten.“ (S.120)

Eine fast 200 Jahre alte Nachricht eines Lehrers an die „Berlinische Gesellschaft zur Beförderung der evangelischen Missionen unter den Heiden“ (gemeint waren die „Zigeuner“, K.J.), liest sich fast wie ein Bericht aus dem Kölner Stadt-Anzeiger über Amoro Kher oder andere Schulprojekte für die Roma-Kinder von heute: „Mit welchem Eifer sie in die Schule kommen, können Sie nicht glauben; welche Freude und Erquickung für mein oft bedrängtes Herz, wenn ich Kinder und Väter sehe, mit Begierde etwas Gutes zu hören und zu lernen.“ (S.123)

In einem anderen Beitrag des Buches könnte man glauben, auf die Ursprünge des Vier-Stufen-Plans der Kölner Stadtverwaltung gestoßen zu sein, die sich halbherzig um die Integration der Roma bemüht: „Ähnlich wie in den schon genannten deutschen Bundesstaaten bekam in Preußen sowohl auf Gesetzes- und Erlass- wie auch auf Verwaltungsebene die Disziplinierung der Sinti und Roma über die Kontrolle der Schulpflicht und die Androhung der Unterbringung der Kindern in Zwangs- und Fürsorgeerziehung eine besondere Bedeutung.“ (S.165)

Die Interessen der Mehrheitsgesellschaft, die „Zigeuner“ mit Kriminalität zu verknüpfen und zum dominanten Darstellungsmuster zu machen, blieb vorherrschend. „Im Zeitalter einer beginnenden Charakterisierung der Völker und Volksgruppen hatte dies die fatale Wirkung, dass den „Zigeunern“ nur die Kriminalität als Charakterzug zugeschrieben wurde. Ähnliche Verallgemeinerungen lassen sich auch aus der jüdischen Verfolgungsgeschichte zeigen.“ (S.20) „Das Bild des sittlich verwilderten „Zigeuners“ wurde als Gegenbild zum Menschen der bürgerlichen Gesellschaft entworfen.“ (S.119) Die schlimmen Lügengeschichten über kriminelle „Zigeuner“, die Kinder rauben und sie an Juden verkaufen, die sie für Ritualmorde benutzen, haben kollektive Gefühlslagen produziert, die zum Nährboden einer mörderischen Vernichtungspraxis führten.

Das schier Unglaubliche ist aber, dass das nach 1945 nicht aufhörte. So hieß es in einer Baden-Württembergischen Polizeizeitung 1949: „Der echte Zigeuner ...neigt zum Betteln, Diebstahl und Betrug und will ohne ordentliche Arbeit auf Kosten anderer leben.“ Und in einem höchstrichterlichen Urteil in einem Widergutmachungsverfahren: „Die Zigeuner neigen zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und zu Betrügereien. Es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe zur Achtung vor fremden Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist.“ (S.19)

Angesichts der aktuellen Bemühungen in Köln, die Roma-Kinder einzuschulen, sei abschließend darauf verwiesen, dass das Scheitern der zitierten pädagogischen Bemühungen Anfang des 19. Jahrhunderts auch dadurch bedingt war, dass die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen unangetastet blieben, und damit die erbärmlichen Wohn- und Lebensverhältnisse. (S. 124) Daran hat sich bis heute wenig verändert. Deshalb ist diese historischen Auseinandersetzung mit der Kriminalisierung der „Zigeuner“ hochaktuell.

Klaus Jünschke
Köln, den 1. März 2003 ■

Engbring-Romang, Udo/ Solms, Wilhelm (Hrsg.) (2005): „Diebstahl im Blick“? Zur Kriminalisierung der Zigeuner. Seeheim 2005, Antiziganismusforschung Band 3

:ostritt

Überfüllt war der Saal im Bonner Haus der Geschichte, als der Präsident der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat die Veranstaltung eröffnete. Vorträge gab es, sie sollten auf ein „prestigeträchtige(s) Großereignis“ einstimmen, schreibt der Deutsche Ostdienst (DOD): „Hermannstadt/Sibiu und Luxemburg als Kulturhauptstädte Europas 2007“. „Gesamteuropäisches“ habe Sibiu durchaus anzubieten, meint der DOD: „Hier wurde schon im 16. Jahrhundert das erste Modell der Mehrstufenrakete (...) entwickelt“.

Sibiu („Hermannstadt“) ist das Zentrum des rumänischen „Deutschtums“, ist daher ein wichtiger Bezugspunkt für die Verbände der deutschen Umgesiedelten. Und nicht nur für sie. Auch andere Hilfsorganisationen des „Auslandsdeutschtums“ sind hier aktiv, die Düsseldorfer Hermann-Niermann-Stiftung etwa. Sie hat die Sanierung eines Akademie-Gebäudes maßgeblich finanziert, in dem deutsche Spuren in Rumänien thematisiert werden, sie finanziert den Druck deutschsprachiger Schulbücher und weitere Projekte zur Stärkung der deutschen Sprache in Rumänien (Gesamtvolumen 1993 bis 2003: mehr als 2 Millionen Euro).

Die Investitionen in das rumänische „Deutschtum“ zahlen sich aus. Zahlreiche deutsche Unternehmen haben in denjenigen rumänischen Gebieten, in denen Deutschsprachige leben, Billiglohnstandorte errichtet, Siemens etwa, ThyssenKrupp, auch Continental. Für die mittleren Produktionsränge stellen sie bevorzugt Deutschsprachige ein: „Es ist nun mal ein Unterschied, ob man für das Gespräch mit dem Vorarbeiter einen Dolmetscher braucht oder sich mit ihm direkt unterhalten kann“, erklärt der Oberbürgermeister Sibius, Klaus Johannis, der FAZ. Wer bereit ist, mit den Deutschsprachigen zusammenzuarbeiten, kann davon profitieren. Die deutsche Konzernpräsenz hat die Arbeitslosenrate in Sibiu auf rund fünf Prozent gesenkt, im Umland ist sie teilweise fast zehnmal so hoch. Johannis, Funktionär der „Deutschtums“-Organisation „Demokratisches Forum der Deutschen in Rumänien“, ist entsprechend mit überwältigender Zustimmung (rund 90 Prozent) zum Oberbürgermeister gewählt worden. Zu seinen Ansprechpartnern in Deutschland gehört auch Innenminister Otto Schily, der – wie sein Ministerium mitteilt – „seit vielen Jahren intensive und freundschaftliche Beziehungen zu Hermannstadt“ unterhält. 2,8 Millionen Euro bekam die deutschsprachige Minderheit des Landes allein im vergangenen Jahr vom deutschen Innenministerium. Das ist im bitter armen Rumänien eine immense Summe. *jk* ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Parlamentarische Demokratie – wofür?

Nation & Europa, Februar 2005

So könnte das Schwerpunktthema der Februarausgabe von „Nation & Europa“ lauten, ginge es, ohne Rücksicht auf politische und juristische Taktik, der Redaktion darum, den Inhalt des Heftes möglichst kurz und prägnant zu charakterisieren. Weil aber nicht sein kann, was nicht sein darf , lautet es gut populistisch „Deutsche Abgeordnete: Viel Geld – wofür?“

Gemeint aber ist das parlamentarische System als Solches, wie N&E-Redakteur *Karl Richter* unter der Überschrift „Parlamentarismus in der Krise: Parteienfilz statt Gemeinsinn“ verdeutlicht: „Während im Reichstag ideologische und klassenkämpferische Grabenkämpfe jeden Zug ins Große verhinderten, dachten die englischen Abgeordnetenkollegen zuerst und vor allem an England. Man sieht daran: Parlamente können eine überaus nutzvolle Angelegenheit sein, um Konflikte auszutragen und Druck von der Straße abzuleiten. Doch dies setzt eine politische Trägerschicht voraus, die reif, souverän und sich in ihren zentralen Werten, ihrer nationalen Verantwortung halbwegs einig ist....Parlamentsarbeit ist auf Dauer nur effizient, wenn sie vom Virus des zum Selbstzweck degenerierten Parteienstreits freigehalten wird“. Richter will also keine Parteien mehr sondern nur noch Deutsche. Diese undemokratische Auffassung, laut Grundgesetz sind Abgeordnete nur ihrem Gewissen verantwortlich, nicht aber einem nationalistischen „Zug ins Große“, hat natürlich ein Vorbild: „Es gelang aus ähnlichem Grund auch im faschistischen Ständesystem, das die Weltwirtschaftskrise der 1920er Jahre ungleich besser überstand als die westlichen Demokratien und das im Dritten Reich nehr schlecht als recht kopiert wurde“. Mussolini als Vorbild der Verfassung!

Franz Schönhuber erklärt den N&E-Leser(innen) den Sinn des Geschichtsrevisionismus: „Ich weiß um die Wirkung der Umerziehung in Deutschland. Viele Bürger interessiert die geschichtliche Wahrheit ebensowenig wie die Ehre ihres Volkes. Ich gestehe auch, daß mich angesichts dieser Gleichgültigkeit manchmal Anflüge von Resignation befallen: Hat Einspruch überhaupt Sinn? Aber dann sage ich mir, daß die Knopps & Co. Nur auf die Ermüdung und das Ableben der Zeitzeugen warten, um dann noch ungestörter ihr Zerstörungswerk an der deutschen Geschichte zu Ende bringen zu können. Nein, wir noch lebenden Zeitzeugen müssen so lange hinhaltenden Widerstand leisten, bis unter den Jungen, die die Schnauze von den täglichen bundesdeutschen Canossagängen voll haben, eine revisionistische Gruppe heranwächst, die Tabus und Zwänge über Bord wirft“.

Da sieht dann so aus: „Schon vorher hatten der Zentralrat der Juden und jener der Sinti und Roma die Mitarbeit an der `Stiftung Sächsische Gedenkstätten´ eingestellt, weil braune und rote Verbrechen nicht auf eine Stufe gestellt werden dürften. Hier schlug alttestamentarischer Haß durch. Nicht einmal den Toten verzeiht man es, Deutsche gewesen zu sein“. Soweit wiederum *Franz Schönhuber*. Das „alttestamentarisch“ jüdisch meint wissen die an verdeckte Bedeutungen gewöhnten Leser(innen). KARL RICHTER und WERNER BAUMANN sind da offener: „Warum die NPD-Abgeordneten (des sächsischen Landtages - tri) den Plenarsaal verlassen hatten, wurde von den Medien eisern verschwiegen. Es ging nicht um die generelle Verweigerung eines Gedenkens für NS-Opfer, sondern um einen Akt des parlamentarischen Protestes gegen den Mißbrauch jedes Gedenkens. Seit Jahren herrscht hierzulande die unanständige Tendenz, jeder Erinnerung an deutsche Kriegs-, Bomben- und Vertreibungsopfer mit dem jüdischen Verfolgungsschicksal zu vermengen. Umgekehrt kommt kein Auschwitz-Gedenkredner auf die Idee, die Zerstörung Dresdens oder andere Völkermordverbrechen am deutschen Volk in seinen Text einzubauen. Einerseits also strikte Trennung der Opfergruppen, andererseits die nicht minder resolute Weigerung, den Deutschen eine separate Trauer zu ermöglichen. Die toten Juden des Zweiten Weltkriegs werden propagandistisch instrumentalisiert, um dem deutschen Volk die Erinnerung an seine eigenen Opfer zu versperren“. Kommentar überflüssig!

Dass die Friedens- und die antiimperialistische Bewegung sich vor falschen Freund(inn)en hüten muss, macht ein Leserbrief der pro Köln-Kandidatin bei der letzten Kommunalwahl, *Erwine Lehming*, deutlich: „Menschen, die im Irak gegen die amerikanische Besatzung aufbegehren, werden von den Amis als ‚Rebellen‘ oder als ‚Aufständische‘ beschimpft. In anderen Ländern werden solche Idealisten als ‚patriotische Freiheitskämpfer‘ verehrt, die unter Einsatz ihres Lebens das fremde Joch abschütteln wollen“. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

BdV will Grundstück in Berlin kaufen

BERLIN. Der Bund der Vertriebenen (BdV) will ungeachtet aller Kritik sein umstrittenes „Zentrums gegen Vertreibungen“ weiter in Berlin bauen. Noch in diesem Jahr werde man eine Liegenschaft in Berlin-Mitte erwerben, „nicht in Sarajevo, nicht in Breslau (...), sondern hier im Herzen Deutschlands“, kündigte BdV-Präsidentin Erika Steinbach am 26.2. in Berlin vor der Bundesversammlung an. Nachdrücklich verlangte Steinbach einen nationalen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung. Von den östlichen Nachbarn forderte sie „einen ehrlichen Umgang mit diesem Teil europäischer Geschichte“. Im Zuge der Beitrittsverhandlungen zur EU sei die historische Chance vertan worden, die Probleme der Vergangenheit zu überwinden. Den innerstaatlichen Rechtsfrieden könnten nur die Regierungen herstellen. Dies sei nicht Aufgabe der Opfer. Bis zum heutigen Tage fehle die große staatliche Geste. So lange dies nicht geregelt sei, „ist die Nachkriegszeit auch nicht endgültig abgeschlossen“. In dem von Kulturstaatsministerin Christina Weiss initiierten „Netzwerk für Erinnerung und Solidarität“ sei der BdV bereit mitzuarbeiten. Bedauerlich sei aber, dass nur vier Länder daran mitwirken wollten.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung ■